

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 251.

Freitag, den 25. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Es lebe das Standrecht.

Während sich alle Freunde der Kultur, der internationalen Sozialismus voran, in dem innigen Wunsche vereinen, daß die europäischen Weststaaten sich jeder Einmischung in das Kriegsgemehel auf dem Balkan enthalten möchten, spinnt die preußische Militär- und Junkerkamarilla ganz andere Pläne. Sie denkt vor allem an ihre Selbsterhaltung, nicht an den Frieden. Und da die kleine, aber mächtige Partei weiß, daß ihre Selbsterhaltung nur möglich ist gegen die Massen der Bevölkerung, so richten sich ihre Rüstungspläne vor allem gegen die deutschen Arbeiter und Bürger, von denen sie recht wohl weiß, wie tief sie bei ihnen verhaßt ist. Die deutschen Regierungen haben in diesem Moment höchster Spannung nichts Besseres zu tun, als das Stand- und Kriegsrecht gegen ihre eigenen Staatsbürger vorzubereiten!

In Preußen fiel der erste Schuß, in München fand er sein Echo. Aus blauer Luft jagt das Berliner Organ der preußischen Feudalen gestern der deutschen Sozialdemokratie folgendes nach:

Wenn die Heere an den Grenzen oder in Feindesland sind, will die Sozialdemokratie das Banner der Revolution im Lande entfalten. Das ist keine leere Drohung, sondern entspricht ganz der sozialdemokratischen Lehre, die Kautsky vor rund 10 Jahren wie eine Selbstverständlichkeit in seinen beiden über die soziale Revolution gehaltenen und nachher in Massen als Broschüren verbreiteten Vorträgen verkündet hat. Dort wird ausgeführt, wie ein auswärtiger Krieg als Geburtsheifer für die soziale Revolution ausgenutzt werden könne. Wir haben auch gesehen, daß im russisch-japanischen Krieg nach diesem Rezept verfahren wurde. Zweifellos würde die Sozialdemokratie auch bei uns so handeln, sobald sich die Gelegenheit böte. Daß sie das jetzt so unverhüllt ausspricht, ist auch ein Zeichen der Zeit.

Es ist glatt gelogen, was da Kautsky und der deutschen Arbeiterklasse vorgeworfen wird. Der Verfasser der „Sozialen Revolution“ (1. Bändchen, 1902) hat sich in kluger Voraussicht solcher gewalttätiger Ausdeutungen schon vor Jahren direkt dagegen verwahrt, was ihm die „Kreuztg.“ jetzt unterschiebt. Er schrieb nämlich: „Wir müssen mit der Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit rechnen, damit aber auch mit der Möglichkeit politischer Erschütterungen, die entweder direkt in proletarischen Erhebungen enden oder doch mindestens den Weg zu solchen eröffnen. Man mißverstehe mich nicht. Ich untersuche hier, ich prophezeie nicht, und noch weniger spreche ich hier Wünsche aus. Ich untersuche, was kommen kann, ich erkläre nicht, was kommen wird, und schon gar nicht fordere ich, was kommen soll.“ Das ist also das direkte Gegenteil von den putschistischen Plänen, die das Junkerblatt behauptet. Aber man brauchte in Berlin gerade solch einen Vorwand, und deshalb nahm man ihn, wo man ihn bekommen konnte. Man mußte versuchen, sich im voraus für etwas zu bedenken, was jetzt in einer Vorlage des Zentrumministeriums an den bayerischen Landtag schon an das Tageslicht tritt.

Die Hertlingregierung verlangt von der bayerischen Volksvertretung noch kurz vor Landtagschluß die Zustimmung zur Uebertragung des preußischen Stand- und Kriegsrechtes auf Bayern. Sie hat gestern einen dringlichen Gesekentwurf eingebracht, der nichts mehr und nichts weniger vorschlägt, als die Einführung militärischer Ausnahmegerichte aus der blutigsten Zeit der preußischen Reaktion, aus den Jahren nach 1848. Das ist die Tat, die mit dem Vorstoß der „Kreuztg.“ gedeckt werden soll und die verrät, daß sich die deutsche Kriegseitung und der Generalstab in Berlin viel mehr mit Kampfvorbereitungen nach innen, als die Regierung mit einer Friedenspolitik nach außen befaßt. Denn es ist klar, daß der auffällige bayerische Schritt nicht ohne engste Fühlung mit der Reichsregierung, wahrscheinlich sogar auf eine Anregung oder sogar einen Druck Bethmanns erfolgt. Und Bethmann braucht nicht zu fürchten, daß die Anechte des Klerikalismus, die jetzt das bayerische Staatsruder führen, irgendwelche Einwände machen. Sie sind die geborenen Bedienten der Militärpartei. Ihre juristische und staatsrechtliche Begründung des aufreizenden Gesetzesvorschlages braucht nicht wiedergegeben zu werden. Es wird schon stimmen, daß Bayern keine preußisch-brutalen und einheitlichen standrechtlichen Vorschriften hat und daß ihre Geltung für die Pfalz sogar unsicher und bestritten ist. Aber was veranlaßt und berechtigt denn den größten süddeutschen Staat, sich jetzt plötzlich auf diese schlimme und provozierende Weise zu verpreußen? Die homogene bayerische Pfaffenregierung fühlt selbst, wie nahe diese Frage liegt. Sie schreibt deshalb in ihrer „Begründung“: „Daß der Entwurf im gegenwärtigen Zeitpunkt und am Schluß einer langen Landtagstagung eingebracht worden ist, scheint

auf den ersten Blick geeignet zu sein, eine gewisse Beunruhigung zu erwecken. Hierzu besteht indessen kein Grund. Den Anlaß zu dem Entwurf gab nicht die Besorgnis einer gegenwärtigen Kriegsgefahr, sondern nur die Erkenntnis, daß das deutsche Heer in Bayern nicht der Möglichkeit von Sicherungsmaßregeln entbehren darf, die es im übrigen Reich besitzt.“ Damit macht man aber die Situation nur noch schlimmer. Man behauptet nämlich, daß ohne das preußische Standrecht „das deutsche Heer in Bayern die Möglichkeit von Sicherungsmaßregeln entbehre“. Das ist eine unverfrorene Beleidigung nicht bloß der Bürger und Arbeiter in Bayern, sondern der Massen in ganz Deutschland. Wird unzer Volksherr nicht zu Zwecken mißbraucht, die dem Volksinteresse widersprechen, so ist es in ganz Deutschland, vom Belt bis an die Alpen, so sicher wie in Abrahams Schoß, auch ohne das blutige preußische Standrecht aus verhängnisvoller Zeit. Sollen unsere dienenden Brüder aber zu volksfeindlichen Zwecken mißbraucht werden, so ist es eine Provokation und Keckheit sondergleichen, die angebliche Unsicherheit zum Vorwand für die Verhängung militärischer Ausnahmestände zu nehmen. Dann plant man etwas, was man sich noch offen zu gestehen scheut, und man hat Angst davor, daß diese Pläne im kraßesten Widerspruch zum Volkswillen stehen.

Der nach dem Muster des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 vorgelegte bayerische Entwurf gestattet, daß nach Ausbruch eines Krieges oder bei unmittelbarer drohender Kriegsgefahr durch den König der Kriegszustand über das friedliche Inland verhängt wird. Die Verhängung hat zur unmittelbaren Folge, daß gewisse Handlungen, welche angeblich die Sicherheit der Mobilmachung gefährden, schwerer als sonst oder, soweit sie nach dem gemeinen Recht nicht strafbar sind, überhaupt bestraft werden. Mittelbar soll die Erklärung des Kriegszustandes zur Folge haben, daß durch die Anordnung des Standrechtes die ordentliche Strafgerichtsbarkeit außer Wirksamkeit gesetzt werden kan. Die Verfassung und das Verfahren der standrechtlichen Gerichte ist so gestaltet, daß bei den inneren Unruhen und das im Kriegsfall geltende Ausnahmerecht auf gleichen Grundstücken beruht. Schamhaft verschwiegen wird in diesen Eröffnungen, daß nach dem preußischen Gesetz alle vollziehende Gewalt an die militärischen Befehlshaber übergeht und daß die Verfassungsbestimmungen über bürgerliche Freiheit außer Kraft gesetzt werden können. Alle „Vergehen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates“ werden als Hochverrat angesehen, mit barbarischen Strafen bis zur Todesstrafe bedroht und vor die Kriegsgerichte verwiesen, die summarisch verhandeln und gegen deren Urteile es kein Rechtsmittel gibt. Todesstrafen werden durch Erschießen vollzogen, alle Urteile binnen 24 Stunden vollstreckt. Das hält Bayern „zur Sicherung des deutschen Heeres“ für nötig in diesen banger Stunden schicksalsschwerer Entscheidung! Und in Preußen richtet man sich auf die Anwendung dieser schrecklichen Ausnahmeparagraphen zu einer Zeit ein, in der man vielmehr durch innere Reformen das Vertrauen des ganzen Landes hinter die Regierung bringen müßte!

Dabei steigen aus der Erinnerung die Mitteilungen auf, die der vom Polizeipräsident in Straßburg i. E. 1903 entlassene Kriminalkommissar Stephany in seiner Schrift über die Polizeiwirtschaft in Elsaß-Lothringen von 1906 (Zürich, Caesar Schmidt) machen konnte. Man weiß von ihm, daß auf jeder Polizeidirektion Listen von „politisch verdächtigen“ Personen geführt und alljährlich zweimal berichtigt und ergänzt werden, die im Mobilmachungsfalle entweder ausgewiesen oder festgenommen und in ein- und ausbruchs-, sowie bombensichere Kajematten untergebracht werden. Man weiß, daß sich auch alle sozialdemokratischen Führer und Abgeordneten auf diesen Listen befinden. Hat man etwa auch diese fünfzig versegelten Kuverts, die jedem Polizeikommissar gegen Quittung zugehen, herausgelegt und für den praktischen Gebrauch zurechtgemacht? Es würde zur Vorbereitung des Standrechtes passen! Und die Hundertzahn im Reichstage wäre man im Anwendungsfalle so rasch und gründlich los, wie die unbequemen roten Hechte in den Landtagen und Gemeindevertretungen. Der schwarzburger Ministerrede würde heulen vor Vergnügen darüber, daß er seine rote Mehrheit nicht mehr zu fürchten hätte.

Mit dem standrechtlichen Vorstoß in Bayern wird ein Zipfel von den Sorgen und Anschlägen gelüftet, über denen die deutschen Regierungen jetzt brüten. In der Zeit der Lenkung und Steuerbedrückung, der Maßregelungen geistiger Arbeiter und der Scharfmacherei gegen die Berufsorganisationen weiß die hohe Staatsweisheit der Bethmänner und Hertlinge nichts Besseres, als Kriegsrüstungen gegen das eigene Volk? Treffliche Minister! Ihr reizt die Massen viel gründlicher, als es der verwegenste Sozialdemokrat tun kann.

Der Balkankrieg.

Die Türken haben eine Niederlage erlitten, die vielleicht entscheidend für den weiteren Verlauf des Krieges ist. Im Kampfe um Kirk-Kilisse sind sie gestern gegenüber den Bulgaren unterlegen. Daß diese Feste gefallen ist, wird in einer Depesche aus Konstantinopel bestätigt. In großspüriger Weise melden die Bulgaren, daß sie bei der Einnahme Kirk-Kilisses 50 000 Türken gefangen genommen haben. Diese Meldung trägt den Stempel der Lüge an der Stirn, wenn auch zugegeben ist, daß den Türken empfindliche Verluste beigebracht worden sind.

Ueber die Bedeutung der von den Bulgaren genommenen Stadt für den weiteren Verlauf des Krieges schreibt ein militärischer Sachmann:

Der Verlauf der Bahn Adrianopel—Konstantinopel mit der Abzweigung nach Kirk-Kilisse zeigt den Bulgaren deutlich, daß der Aufmarsch der türkischen Hauptkräfte unter dem Schuß dieser befestigten Orte stattgefunden hat; auch alle weiteren Zuflüsse von Truppen, Munition, Verpflegung können nur auf dieser Bahn kommen. Bildet also das Hauptziel der bulgarischen Offensive die türkische Feldarmee, welche den Schuß der Hauptstadt übernimmt, so muß ein Angriff gegen diese unter Berücksichtigung der starken Anlehnung und Hilfe durch die beiden Stützpunkte Adrianopel und Kirk-Kilisse erfolgen. Dies Hauptziel scheint von den Bulgaren richtig erkannt zu sein; eine Operation in Richtung Saloniki mit Hauptkräften, eine Umgehung der Festungen und der Hauptkräfte der Türken ist von den Bulgaren nicht ins Auge gefaßt. In welcher Weise gedenkt die bulgarische Hauptmacht diese Offensive durchzuführen? Ein Angriff auf Adrianopel bietet keine Aussichten auf Erfolg, da den Bulgaren, abgesehen von der langen Zeit und den starken Kräften, die erforderlich wären, auch die schweren Geschütze fehlen. Eine bulgarische Offensive ergibt sich ganz von selbst über bezw. östlich um Kirk-Kilisse herum; dieser Punkt ist nur mit Erdwerken und dem Armierungsaushau, d. h. einer mehrwöchigen Behelfsarbeit befestigt; der Raum zwischen Kirk-Kilisse und dem Schwarzen Meer bietet sehr gut noch Platz für ein Weiterausziehen; ein erfolgreicher Vorstoß über diesen Punkt bedroht die einzige Verbindung der türkischen Ostarmee mit der Hauptstadt, bedroht die Hauptstadt selbst. Bulgarien wird also auf dem Hauptkriegsschauplatz zweckmäßig mit starkem Ostflügel unter Fesselung der Kräfte bei Adrianopel gegen Kirk-Kilisse und östlich vorgehen.

Nach Meldungen aus Sofia stehen die bulgarischen Truppen vor Adrianopel und haben die Stadt im Süden eingeschlossen; die Türken haben energischen Widerstand geleistet, sollen jedoch zurückgeschlagen worden sein. Bestätigen sich diese Nachrichten, dann sieht es für die Türken nicht sehr gut aus.

Mehr Glück scheint die türkische Westarmee vorgestern gegenüber den Serben gehabt zu haben. Bei Rumano griff diese die Serben, die nach einer anderen Meldung mit bulgarischen Truppen vereinigt und vier Divisionen stark waren, an und schlug sie, angeblich unter ungeheuren Verlusten, in die Flucht. — Demgegenüber berichten die Serben, daß sie in Kumanowo einmarschiert seien und daß die Türken sich fluchtartig nach Westlich zurückgezogen hätten. Serbische Truppen wollen jetzt Novibazar, Brischina, Kumanowo, Strocin, Kratowo, Sjenitza und Rotschana besetzt haben. Sicherlich ist hier vielfach der Wunsch der Vater des Gedankens.

Auch die Montenegriner wollen am Stutarisee immer mehr in türkisches Gebiet vordringen. Dagegen werden die Griechen, die einige Siege über die Türken errungen haben, seit Mittwoch in der Gegend von Glosana am weiteren Vordringen gehindert. Die Türken stellen sich ihnen entgegen.

Ueber die griechischen Siege gibt folgender Londoner Bericht nähere Aufklärung: Nach einer heftigen Schlacht haben die Griechen Serbien oder Servia, die türkische Stellung jenseits der Pässe von Saranoporos, eingenommen. Die Griechen haben dabei sehr schwere Verluste erlitten, denn die Pässe wurden mit zäher Tapferkeit von den 22 türkischen Bataillonen verteidigt. Ueber die türkischen Verluste wird nichts bekannt, aber sie können nicht so groß gewesen sein, weil die türkischen Bataillone vorbereitete und geschützte Stellungen inne hatten. Sie haben sich angeblich auf das weiter nördlich gelegene Berria zurückgezogen. Die Kämpfe um die von den Griechen mit anscheinend so großen Verlusten genommenen Pässe haben mehrere Tage gedauert. Bereits am Montag begannen die Vorpostengefächte, und nach und nach zogen sich die vereinzelt türkischen Abteilungen vor dem Anprall der griechischen Hauptmacht bis auf die letzte Gebirgskette zurück, die den Pässen vorliegt. Hier hatte General Risa Schanzen aufwerfen lassen.

... und hier leisteten die türkischen Truppen endlich heftigen Widerstand. Neun Batterien sollen von den Höhen herab ihr Feuer auf die anmarschierende griechische Armee gespielt haben. Von Montag morgen 10 Uhr bis zum Sonnenuntergang wurde ununterbrochen gekämpft. Bis um diese Zeit hatte keiner der Gegner einen wesentlichen Vorteil errungen. Bei hellem Mondschein wurde da und dort bis in die späte Nacht hinein weiter gekämpft. Die Griechen bivaktierten, wo sie sich gerade befanden. Bei Sonnenaufgang wurde bemerkt, daß die Türken ihre Stellungen auf den Bergabhängen räumten und sich auf die auf den Bergspitzen befindlichen Befestigungen zurückzogen, von wo aus sie den Eingang zu dem Paß oder den Pässen, die insgesamt ca. 12 Kilometer lang und da und dort von tausend Fuß hohen Felswänden umgeben sind, beherrschen konnten. General-Rifa-Bei mag zu diesem Rückzuge durch den Anmarsch der zweiten griechischen Armee bewegt worden sein, die auf des Kronprinzen Geheiß von Trifala Kofani aus die rechte Flanke der Türken umfassen sollte. Die Türken hielten sich auf den Bergspitzen bis Dienstag spät nachts und begegneten allen griechischen Angriffen mit großer Tapferkeit. Der griechische Kronprinz vermochte seine Streitkräfte in dem zerklüfteten Gelände nicht zu entfalten, und die Zahl der Angreifer war notwendigerweise eine geringe. Mittwoch morgen fanden die Griechen die letzte Linie der Befestigungen geräumt, die Türken waren in der Nacht durch den Paß auf Servia zurückgefallen. Dort haben sie den Griechen abermals Widerstand geleistet. Der Kampf wogte den ganzen Tag hindurch um die Erdwälle der kleinen Stadt. Spät abends gab Rifa-Pascha dann den Befehl zum weiteren Rückzuge auf Verria, und die Griechen konnten gegen Mitternacht von Servia Besitz ergreifen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Bedingungen für die Fleischzufuhr.

Im „Reichsanzeiger“ werden die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Gemeinden bei der Fleischzufuhr einen Teil des Zolles zurückerhalten können. Diese Bestimmungen befragen:

1. Das Fleisch muß von der Gemeinde für eigene Rechnung aus dem Zustand bezogen und ohne jeden Gewinn für die Gemeindefasse entweder an die Verbraucher selbst oder unter der Bedingung des unmittelbaren Verkaufs an die Verbraucher zu bestimmten Höchstpreisen an Fleischverkäufer abgegeben werden.

2. Die von den Verbrauchern zu zahlenden Preise und die den Weiterverkäufern vorzuschreibenden Höchstpreise werden von der Gemeindebehörde festgesetzt.

3. Die Preise und die Verkaufsstellen werden von der Gemeindebehörde öffentlich bekannt gemacht. In den Verkaufsstellen sind die Preise durch Anschlag in deutlicher Schrift zur Kenntnis der Käufer zu bringen.

4. Die Gemeinde hat der für sie zuständigen Zollbehörde ihre Absicht, von der Zollrückzahlung Gebrauch zu machen, mitzuteilen und eine Erklärung über die Festsetzung der Verkaufspreise vorzulegen.

Die Zollbeträge können der Gemeinde für 3 Monate ohne Bestellung einer Sicherheitsleistung gestundet werden.

Die Fleisch-Krawalle vor dem Forum des Landtags.

Wie von bürgerlicher Seite gemeldet wird, sollen anlässlich der Fleischnot-Interpellation im preussischen Landtag auch die Fleischnot-Krawalle einer Erörterung unterzogen werden.

Schwierigkeiten in der Besitzsteuerfrage.

Das „Leipziger Tageblatt“ teilt mit, daß die im Reichshausamt angefertigte Denkschrift über die Besitzsteuerfrage im großen und ganzen fertig sei, daß sich aber die Uebermittlung an die verbündeten Regierungen verzögere, weil man im preussischen Finanzministerium mit ihrem Inhalte nicht ganz einverstanden sei. — Die „Deutsche Tageszeitung“, die von den Differenzen ansehnlich Kenntnis hat, meint, die Sache sei nicht schlimm, weil sich der Reichstag ja doch erst nach Ostern mit der Vorlage beschäftigen kann. Bis dahin hofft man vermutlich, verschiedene Bundesstaaten zum Standpunkt Preußens bekehrt zu haben.

Das Arbeitspensum des preussischen Landtages.

In den „Berliner Politischen Nachrichten“ wird ausgeführt, daß dem Landtage zu dem Stoff, den er ohnehin zu beraten hat, nur noch die allerwichtigsten Vorlagen zugehen werden. Dem Landtage stehen in der Zeit nach Weihnachten nur zwei Monate zur Verfügung, die mit den Staatsberatungen ausgefüllt werden; die Einbringung neuer Entwürfe würde demnach nichts weiter bedeuten, als die Fertigstellung der vorliegenden Entwürfe zu gefährden. Aus diesen Gründen wird auch das bereits fertig vorliegende Jüdelkommunengesetz dem Landtage nicht mehr unterbreitet. Außerdem dürfte nicht vergessen werden, daß die jetzige Tagung die letzte vor den Neuwahlen ist, und daß es für manche Entwürfe entschieden zweckmäßiger ist, ihre Einbringung erst im neuen Landtage zu bewerkstelligen.

Nationalliberale Interpellation.

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Landtages hat folgende Interpellation eingebracht:

„In die Staatsregierung bereit, im Bundesrat dahin zu wirken, daß mit unauflöslicher Beschleunigung die vielfachen Unklarheiten beseitigt werden, die bezüglich der Ausführung des Gesetzes betr. die Veräußerung der Privatangehörigen bestehen und die einen unerträglichen Zustand der Ungewißheit in allen beteiligten Kreisen hervorgerufen haben?“

Die Agrarier befehlen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat die Bedingungen festgesetzt, unter denen er der Regierung verzeihen will, daß sie die bekannten kümmerlichen Versuche unternommen hat, der Fleischsteuerung etwas zu tun. Der Reichskanzler soll zunächst einmal die Erklärung abgeben, daß er eine Preisgabe oder Abhängigkeit des

§ 12 des Fleischbeschaugesetzes zugunsten der Einfuhr überseeischer Gefrierfleisches niemals gedacht werden kann.

Er soll sich ferner verpflichten, dem Reichstag alsbald nach seinem Wiederzusammentritt ein Preisfestsetzungsgesetz vorzulegen, durch welches die gewerblichen Verkäufer von Lebensmitteln — nach dem Vorbilde anderer Staaten — zur öffentlichen Bekanntgabe oder wenigstens amtlichen Feststellung ihrer Verkaufspreise angehalten werden können.

Von den Stadtverwaltungen ist zu fordern, daß sie die Hand dazu bieten — zum Zweck des Ausgleichs der Preise — langjährige Viehlieferungsverträge mit leistungsfähigen Viehverwertungsgenossenschaften oder ähnlichen Verbänden abzuschließen, auf Grund deren diese Verbände Schlachtvieh zu einem mäßigen festen Durchschnittspreis an die Stadtverwaltung oder geeignete städtische Organe — Fleischerinnungen, Schlächterverbände usw. — zu liefern haben, wie solche Verträge bereits verschiedenen größeren Stadtverwaltungen angeboten wurden.

Vor dem ausländischen Gefrierfleisch haben die Agrarier eine heillose Angst. Dem Kanzler soll alles verziehen werden, wenn er nur die Versicherung abgibt, zu verhindern, daß dem Volke billiges Gefrierfleisch zugeführt wird. Soweit man den Kanzler kennt, wird er diese Zusicherung mit dem größten Vergnügen geben.

Das Koalitionsrecht der preussischen Eisenbahner vor dem bayerischen Landtage.

Die Donnerstagssitzung der Abgeordnetenversammlung gehörte zu den erregtesten der ganzen Session. Bei Erörterung der Verhältnisse der Staatsarbeiter kam Gen. K o s t h a u p t e r auf die Angriffe des Verkehrsministers gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband zurück. Er griff den Minister aufs Schärfste an und wies ihm nach, daß er lauter beweislose Behauptungen gegen den Eisenbahnerverband aufgestellt habe. Namens der Sozialdemokratie nahm unser Redner grundsätzlich das volle Koalitionsrecht einschließlich des Streikrechts auch der Eisenbahner in Anspruch. Aber auch wir erkennen an, daß ein Verkehrstreik die verhängnisvollsten Folgen für die ganze Volkswirtschaft haben muß. Das zu verhindern, sei das beste Mittel eine gute soziale Politik der Verwaltung und des Parlaments. Die Verfolgung der freien Gewerkschaften sei lediglich ein dem Zentrum erwiesener Dienst. Der Minister wolle sich vom Zentrum die Inskription auf den Reichenstein verdienen: „Ein frommer Knecht war Fridolin“. Die Rede K o s t h a u p t e r wurde durch die Ankunft des neuen Zeppelins über München unterbrochen. Nach einer viertelstündigen Pause fuhr K o s t h a u p t e r fort; er berief sich auf das Urteil des Vorgängers des jetzigen Ministers über den süddeutschen Eisenbahnerverband. Er charakterisierte die Hezke der christlichen Sekretäre in der Eisenbahnerverwaltung. Den christlichen Eisenbahner wäre die monarchische Gesinnung ein modernes Schlagwort. Zentrumsführer erklärten in Versammlungen, man müßte, wenn der Finanzminister auf dem Sädel sitze, mit dem Revolver knallen. Der heutige Minister könne eben nur auf diese Weise seine 34 000 Mark vom Zentrum verdienen. (Ordnungsruf des Präsidenten). Der indirekte Vorwurf des Ministers, daß wir im Falle eines Krieges einen Eisenbahnerstreik planen, ist der Vorwurf des Hochverrats, den wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Die Antwort des Ministers war sehr matt, er suchte seine Haltung zu verteidigen und berief sich für die Möglichkeit eines Eisenbahnerstreiks im Kriegsfall auf den Artikel des „Karlsruher Volksfreund“, in dem die Möglichkeit einer sozialen Umwälzung in Zeiten des Weltkrieges angedeutet worden ist. Präsident v. O r t e r rief den Genossen A u e r zur Ruhe, der zu einer Bemerkung des Ministers den Zwischenruf „unerhört“ machte. Ueber diesen Ordnungsruf entspann sich am Schluß der Vormittagsitzung eine Geschäftsordnungsdebatte. Auer protestierte gegen den Ordnungsruf, v. Ortler beharrte auf ihm, denn er meinte, die ganze Art, wie Auer sich provokatorisch in der Nähe des Ministers hingestellt habe, beweise die Berechtigung seiner Rüge. Bei dieser präsidialen Erklärung, die an preussische Vorgänge erinnerte, brach auf der Linken ungeheurer Lärm aus. Auch die Liberalen protestierten gegen diese Art präsidialer Geschäftsführung. Auer hatte sich wie viele andere in die Nähe des Ministers gestellt, weil er an der entgegengesetzten Seite nichts hören konnte, da der Minister sehr leise sprach. Das Zentrum deckte den Präsidenten. Auer legte gegen den Ordnungsruf Berufung an das Haus ein; darüber wird Freitag namentlich abgestimmt. Da das Zentrum das Verfahren des Präsidenten billigen wird, wird keine Präsidialstrafe entstehen. P i c h l e r deckte namens des Zentrums die Haltung des Ministers, der die Pflicht habe, der Verhöhnung der Eisenbahner durch gewissenlose radikale Agitatoren ein Ende zu machen.

Freitag vormittag wird die Interpellation über den Balkankrieg verhandelt werden. Der Ausschuß für den Entwurf betreffend den Kriegszustand hat sich Donnerstag konstituiert. Gen. S e g i s ist Vorsitzender. Die Verhandlungen werden Freitag beginnen und zum Teil vertraulich sein.

Auf der Landessammlung der badischen Zentrums-partei

in Offenburg hielt der Führer W a d e r eine Rede über die politische Lage. Darin behandelte er „die sozialdemokratische Gefahr im Reich und in der Heimat, die unheimlich angelegten sei“. Aus Zentrumshaus würde sie von bürgerlichen Parteien noch hilfreich vermehrt. W a d e r könne nicht anerkennen, daß die badische Regierung nach dieser Seite ihre pflichtgemäße Aufgabe auch nur annähernd zu erfüllen entschlossen sei. In Bezug auf die auswärtige Lage ergebe sich die sozialdemokratische Gefahr aus einem Artikel des „Karlsruher Volksfreund“. Über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege. Das erinnere an die Pariser Kommune. In Berlin und in Bayern verhalte sich die Regierung besser als hier. Das Zentrum müsse in Baden, was nicht als unmöglich bezeichnet werden dürfe, 1913 Sieger werden. „Unsere Situation ist sehr ernst, man muß sie nicht pessimistisch als optimistisch betrachten“, schloß W a d e r.

Badischer Landtag.

Der am Dienstag zur Beratung der Münzwerkvorlage zusammengetretenen 2. Kammer des badischen Landtages legte die sozialdemokratische Fraktion zwei Interpellationen vor. Die erste bezieht sich auf die Fleischsteuerung und fordert eine gründliche Abhilfe durch Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. — Im zweiten Falle handelt es sich um eine kleine Anfrage an die badische Regierung wegen der Wahrung der badischen Tariffreiheit in der nach Berlin einberufenen bundesstaatlichen Konferenz zur Umgestaltung der Gütertariffikonen.

Im Seniorenkonvent ist wenig Neigung bei den bürgerlichen Parteien, die Anträge der Sozialdemokratie zu verhandeln. Die Fraktion wird deshalb auch darauf bestehen, daß die eingegangenen Beamtenpetitionen verhandelt werden.

Vertragsklausel und Duellmordversuch vor dem Kriegsgericht in Lübeck.

Wohl selten dürfte ein Militärgericht in die Lage kommen, sich so eingehend über Streitigkeiten aus einem Privatangelegenheitsverhältnis zu unterhalten, wie am Donnerstag das Kriegsgericht der 17. Division. Angeklagt war der unsern Genossen wohlbekannte Ingenieur Hugo W a c h e n f e l d — es ist derselbe, der einen pensionierten Postbeamten wegen Ausübung seines Wahlrechts in den „Lüb. Anz.“ schwer verunglimpfte — und sein Kartellträger Georg S c h m i d t wegen Herausforderung zum Zweikampf. W. ist im Militärverhältnis Leutnant der Reserve vom 3. Garde-Grenadier-Regiment. Als solcher laubte er dem Rechtsanwalt und Hauptmann der Landwehr Dr. W i t t e r n eine Herausforderung zum Zweikampf mit scharfen Waffen: 15 Schritt Distanz, gezogene Pistolen mit Bistier und Kugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit, eine Forderung, die Dr. W i t t e r n vernünftigerweise ablehnte. Die Ursache dieser Forderung bildete ein Brief Dr. W i t t e r n s, den dieser in seiner Eigenschaft als Vertreter des Hauses Poschell Wachenfeld als früheren Angestellten geschrieben hatte und der einige Zeilen enthielt, die Wachenfeld als Offizier seiner Meinung nach nicht durchgehen lassen konnte, weil sie ihn angebildig beleidigten.

Wenn wir über diese Verhandlung etwas ausführlicher berichten, so deshalb, um den widersinnigen Duellzwang und die schädlichen Auswüchse der Konfurrenzklausel zu kennzeichnen. Zu bemerken wäre ferner noch, daß die Grundlage des Prozesses auf der Denunziation eines Angestellten der Firma Poschell beruht. Angeklagt wurden die Pressevertreter der Verhandlung nicht beizuhören. Vom Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat v. T h i l o, wurde die „Gefährdung der militärischen Interessen“ befürchtet, wenn die Durchführung des ehrengerichtlichen Verfahrens besprochen wurde. Nach halbtägiger Beratung wurde den Vertretern der Presse der Zutritt einseitig gestattet, bei der Vernehmung Dr. W i t t e r n s als Zeuge, die zwei Stunden dauerte, die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Wachenfeld schloß am 10. März 1906 mit Senator Poschell einen Vertrag ab, nach dem er die Vertretung und den Vertrieb von schwedischem und britischem Robeisen der Firma für das deutsche Sprachgebiet (Deutschland, Österreich und die Schweiz) übernahm. In diesem Vertrag war die Klausel enthalten, daß W. drei Jahre nach dem Austritt aus der Firma bei keiner Konkurrenz, die schwedisches oder britisches Robeisen vertreibt, eintreten dürfe. Der Vertrag war auf 5 Jahre abgeschlossen und sollte, falls keine Kündigung eintritt, stillschweigend weiter gehen. Die im § 6 der Poschellschen Verträge enthaltene Konkurrenzklausel wurde durch ehrenwörtliche Versicherung besiegelt. Nach 3 1/2 Jahren kündigte W., weil er seitens der Firma eine unangenehme Behandlung erfahren hatte. Im Oktober 1910 wurde zwischen Poschell und Wachenfeld ein vorübergehendes Übereinkommen getroffen, das die Bestimmung enthielt, daß Wachenfelds Tätigkeit bis 31. Dezember 1911 währten sollte; vorläufig wurde Wachenfeld aber beurlaubt. Er benutzte diese Zeit zu Studienreisen im Ausland für seine und der Firma Interessen. Während dieser Zeit sollten Verhandlungen gepflogen werden, um einen neuen Vertrag abzuschließen. Diese Zusage eines angesehenen Großkaufmanns und Lübecker Senators hielt Wachenfeld für bares Geld. Aber die Zeit verstrich und W. war ohne Stellung. Zu Beginn dieses Jahres schickte sich Wachenfeld an, der Firma Poschell Konkurrenz zu machen, jedoch nicht in schwedischem und englischem Spezial-Robeisen, sondern in deutschem. Er trat als der wirtschaftliche Gegner Poschells auf. Diese Absicht teilte Wachenfeld auf dem Eisen- und Hüttenkongress dem rheinisch-westfälischen Vertreter Poschells mit im festen Glauben, daß dieser Vertreter es der Firma melden würde. Das geschah auch. Durch diese Mitteilung sollte Poschell eine bestimmte Erklärung abgeben, ob der Bruch vollständig sei. Daraufhin erhielt Wachenfeld nach Hagen einen Einschreibebrief von Dr. W i t t e r n, in dem die Stelle enthalten war, daß Wachenfeld in seiner sozialen Stellung und auch als Offizier ein gegebenes Ehrenwort nicht als Luft betrachten dürfe. Selbst wenn ein Kriegsgerichtsurteil solche Verträge verurteile, dürfe sich ein Offizier nicht an die juristische Wichtigkeit des Vertrages halten und sich darauf berufen; er müsse sein Ehrenwort halten. Es war dann noch weiter ein Vergleich mit Spielgeld angeführt, die ehrenwörtlich ebenfalls begahnt werden müßten. Die Antwort Wachenfelds war auch nicht von Pappe. Er verbat sich sowohl von Dr. W i t t e r n wie von Poschell, ihm Lehren zu erteilen und wandte sich an das Lübecker Bezirkskommando wegen der ehrenwörtlichen Streitfrage. In einem zweiten Briefe erklärte Dr. W i t t e r n, da Wachenfeld eine ausweichende Antwort gegeben habe, müsse er wohl annehmen, daß es mit den Behauptungen seine Richtigkeit habe. Der angerufene Ehrenrat brachte keinen Ausgleich. Die Forderung wurde Dr. W i t t e r n vom Reserveleutnant Schmidt überbracht. Wachenfeld beipflichtete sich noch mit einem Juristen, um seinen Ruf über den Tod hinaus zu sichern, da er ebenfalls damit rechnen mußte, zu „bleiben“. In Anbetracht der Schwere der Beleidigung, wie Wachenfeld sie auffaßte, ersahen ihm eine einfache Forderung nicht angebracht. Dr. W i t t e r n soll dann erklärt haben, ein Hamburger Angestellter der Firma Poschell habe ihm den Ausspruch mitgeteilt, Wachenfeld sei je auf das Ehrenwort. Daraufhin sei der scharfe Brief geschrieben worden. Habe Wachenfeld die Äußerung nicht gebraucht, dann nehme er die harten Worte mit Bedauern zurück. Dr. W i t t e r n habe ferner gesagt, Wachenfeld würde wohl so anständig sein, auf einen Familienvater mit sechs Kindern nicht zu schießen. Aber darauf ging der Beleidigte nicht ein, er ließ vielmehr die Forderung wiederholen. Wachenfeld beirrat ganz entschieden, die abfällige Äußerung vom ehrenwörtlichen Halten der Kon-

Konkurrenzklausel auf sein Verhältnis zu Possehl getan zu haben, er sei im allgemeinen ein Feind dieser Klausel und habe sich dem Hauptzeugen Gruppe gegenüber auch so im Vertrauen geäußert. Senator Possehl habe immer das gute Verhältnis zwischen ihm und seinen Angestellten hervor. Auf Treu und Glauben habe er die dauernde Anstellung erhofft; ja Senator Possehl soll sich sogar geäußert haben, wenn er eine Tochter hätte, müßte kein anderer als Wachenfeld sein Schwiegerjohn werden. Die Frage spiele sich darum, ob der erste Vertrag durch den zweiten aufgehoben sei. Er habe seine Rechte als Bürger und nicht als Offizier wahrgenommen, und diese singen dort an, wo Senator Possehls Rechte aufhörten. Wachenfeld verlangte sein Ehrenwort zurück, selbst wenn juristisch die Frage zu seinen Ungunsten entschieden werden sollte. Und nun kommt die Hauptsache: Die Klausel erstreckte sich nur auf schwedisches Holzholzenheiten und auf englisches Spezialrohisen. Wachenfeld war also nicht verboten, deutsches Fabrikat zu verkaufen; neben diesem hegte er die Absicht, schwedisches Stahl und schwedisches Erz in seiner vorgeesehenen Düsseldorf Niederlassung zu vertreiben. Dadurch hätte er Possehl die schwerste Konkurrenz bieten können. Um überhaupt einen Anfang und dem stellunglosen Zweifel ein Ende zu machen, korrespondierte er mit einer Stockholmer Firma, diese sandte ihm ein entsprechendes Angebot, dessen Inhalt er seinem früheren Mitarbeiter Gruppe vertrauensföhlig mitteilte. Der hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort Possehl davon zu benachrichtigen. Ihm konnte nur dann ein Strich aus der Vertragsklausel gedreht werden, wenn er nach Abschluß mit der schwedischen Firma sich um die Lösung des Possehlschen Vertrages gekümmert hätte. So weit sei er nicht gegangen. Doch das Recht, sich um eine Existenz zu bemühen, müsse ihm gewahrt bleiben.

Als erster Zeuge wurde der Angestellte der Hamb. Bavaria-Brauerei, die ja auch in der Hauptsache der Firma Possehl gehört, Gruppe, vernommen, der in der ganzen Angelegenheit eine wenig rühmliche Rolle gespielt hat, und dessen Aussagen vom Verteidiger Wachenfelds als nicht zweifelsfrei hingestellt wurden. Gruppe war neun Jahre bei Possehl, ging unter Bruch der Vertragsklausel in eine andere Firma — auch nur um endlich Stellung zu bekommen, die zu erhalten eben durch die Klausel sehr erschwert wurde —, bis er endlich wieder in der Hamburger Bavaria-Brauerei Anstellung fand. Früher ließ sich der junge Mann auch abfällig über das Haus Possehl aus, drohte bei den nächsten Verwandten mit Andeutungen über Geschäftsgeheimnisse, sah jedoch sein Unrecht ein und geht jetzt für die Firma Possehl durch Feuer und Wasser. Er ist Possehl, nach seiner Aussage, zu großem Danke verpflichtet, ihn verbinden wirtschaftliche Interessen mit dem Hause. Es sei sein Brotgeber, die Treue zum Prinzipal halte er höher als die des Freundes. Vor allem habe ihn empört, daß ein Mann in des Königs Rod sich so abfällig über das Ehrenwort äußerte. Grupos Streben ist einzig dahin gerichtet, in die frühere Wachenfeldsche Abteilung in Gnaden wieder aufgenommen zu werden, denn bei den Juden, wo er war, bekomme man doch den Zutritt. Dießem Herrn teilte, wie schon angedeutet, Wachenfeld seine Pläne mit; G. ließ sich ebenfalls beim Bier über Possehl aus, ging dann, ehe der Zug mit dem Angeklagten aus Hamburgs Hallen lauste, hin und telefonierte Dr. Wittern das Gehörte. Charakteristisch ist, daß Gruppe aus dem Konkurrenzbürohaus nur unter Deckung Wachenfelds hinausging, damit nicht etwa seinem Direktor mitgeteilt werde, er verkehre beim wirtschaftlichen Gegner. Bei diesem Schoppen fielen eben angeblich Wachenfelds folgen schwere Äußerungen, die der Angeklagte in dieser Wiedergabe bestreitet. Der Zeuge freut sich heute, trotzdem Wachenfelds Mitteilungen vertrauter Natur gewesen seien, so gehandelt zu haben; sein Verhalten zeuge seiner Meinung nach nicht von Gefälligkeit gegen Wachenfeld, sondern nur von Liebe zum Hause Possehl.

Senator Possehl als Zeuge bezeichnet den Vorzeugen nach Angabe seiner Vertreter als völlig glaubwürdig und meint, daß der Brief an Wachenfeld nur in der Eile diese unglückliche Fassung erhalten habe. Die Absicht der Beleidigung habe vollständig fern gelegen, der Empfänger sollte nur vor Unannehmlichkeiten gewarnt werden. Für die Reisezeit habe Wachenfeld 7500 Mark Gehalt, als eine Art Stipendium bezogen, ohne Dienst tun zu müssen. Der Zweck der Reise war, ein verbessertes Rohisen herauszufinden, von dem Wachenfeld gesprochen habe. Er habe diese Idee unterstützt, weil er am Hochofenwerk ebenso interessiert sei, wie an der etwa von anderer Seite erfolgenden Verdrängung von schwedischem und britischem Rohisen aus Deutschland. Was Wachenfeld eigentlich fabrizieren wollte, sprach er nie aus. Es wurde ein Vertrag gemacht, nach dem Wachenfeld 10 000 Mark Abfindung und Verzinsung haben sollte, wenn das Rohisen einschlägt. Später stellte Wachenfeld die Forderung auf weitere 20 000 Mark. Daraus konnte ich nicht eingehen, war jedoch für eine andere finanzielle Regelung zu haben. Einige Tage nachher kam die Sache mit Gruppe. Der Zeuge streitet weiter, daß eine zweijährige Verschleppung stattgefunden habe. Ein Eintritt in eine Firma, die mit den Spezialrohisen handelte, bedeute einen Bruch der Vertragsklausel.

Zwei weitere Zeugen erklären, daß Wachenfeld stets einlich bemüht gewesen sei, sein Ehrenwort genau abzugeben, sowohl in Beziehung als Offizier als auch des Geschäftsmannes, und eine verlesene Zeugenaussage spricht sich a. gleichfalls zugunsten des Angeklagten aus. Auch Rechtsanwalt Lehning wurde als Zeuge vernommen; er soll bezeugen, daß Gruppe sich scharf über Possehl ausgesprochen hat. Gruppe entbindet ihn aber nicht von seiner Schweigepflicht. Damit war die Vernehmung erschöpft. Der Hauptzeugenzeuge wurde nach vorheriger gerichtlicher Beratung erteilt. Mittlerweile zeigte der Uhrzeiger die siebente Stunde an; im Verhandlungsraum der alten Kaserne war eine dumpfe Luft, so daß es kein Wunder nahm, als ein Beizer unwohl wurde. Die Verhandlung wurde auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt. Auch den Berichterstattern brannte r Kanonenfen nicht übel auf dem Buckel; doch entschädigte sie für das mangelnde Licht. Drei Lampen hüllte die Gerichtsherrn und Verteidiger in einen trüben Schein, während die Zuhörer im dunklen Hintergrund saßen. Man sieht auch nicht gerne bei Kriegsgerichten.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung erklärte der Geschichtsvorsitzende, die Behauptung einer hiesigen Zeitung, Wachenfeld sei vom Schrengerichter aufgefordert worden, gegen r. Wittern vorzugehen, als unrichtig. Das Schrengericht eine eine solche Entscheidung nicht treffen. Bei den folgenden Plädoyers wurde die Differenzlichkeit wieder ausgesprochen.

Das Urteil lautet gegen Wachenfeld auf 14 Tage und gegen den Kartellträger Schmidt auf einen Tag Gefängnis. Die Begründung führt unter anderen an, daß die Briefe r. Witterns im Auftrage von Possehl nicht den Zweck hatten, zu beleidigen, sie konnten aber auf der anderen Seite Wachenfeld als beleidigend aufgefaßt werden. Hauptmann der Landwehr Dr. Wittern hätte als älterer Kamerad e Vorhaltungen nicht in Verbindung mit dem geschäftlichen Schreiben bringen dürfen. Der Vergleich mit dem Spieljulden eines Offiziers und Ehrenwortbruch über die Konkurrenzklausel sei nicht nötig gewesen. Wachenfeld habe wohl schon den ersten, erst recht jedoch den zweiten Brief als schwere Beleidigung aufgefaßt. Wachenfeld habe sich Gruppe und Klüßer gegenüber unklar aus-

gedrückt; doch sei das Gericht davon überzeugt, daß er die ernsthafte Absicht, Possehl Konkurrenz zu machen, nicht gehabt hatte. Zweifellos waren seine Worte über die Konkurrenzklausel nicht. Er hätte ferner Possehl die nötige Aufklärung geben können. Nachdem die Angelegenheit so weit gediehen, habe er nach den Begriffen des Offiziersehrenstandes keine andere Wahl gehabt, als in dieser Weise vorzugehen. Erschmerzend komme in Betracht, daß er zu seiner Forderung nicht die Erlaubnis des Kommandeurs eingeholt habe.

Es ist wohl nicht nötig, der Verhandlung und den ihr zugrunde liegenden Tatsachen einen längeren Kommentar zu widmen. Solche Konkurrenzklauseln, wie sie die Firma Possehl, deren Inhaber ein lübischer Senator ist, in Anwendung bringt, und die noch durch die Abnahme eines Ehrenwortes bestätigt werden müssen, sind nach unserer Meinung mit den guten Sitten nur schwer in Einklang zu bringen. Die Folge eines aus der Verletzung der Konkurrenzklausel entstandenen Briefwechsels zwischen dem Anwalt Possehls, Dr. Wittern, und dem früheren Angestellten Wachenfeld war kein Strafverfahren, sondern eine Duellforderung des letzteren an Dr. Wittern. Unsere Stellung zum Duellunfug ist genugsam bekannt. Der Duellmord und der gemeine Mord müßte danach auf eine Stufe gestellt werden. Gegenwärtig aber muß nach den Begriffen des Offiziersehrenstandes ein Reserveoffizier, der sich von einem anderen Reserveoffizier beleidigt glaubt, diesen zum Zweikampf fordern, obwohl das Gesetz solches unter Strafe stellt. Wachenfeld wollte jedenfalls „ganze Arbeit“ machen und stellte deshalb Bedingungen, die wahrscheinlich den Tod des einen Gegners zur Folge gehabt haben würden. Dr. Wittern war einjährig genug, hierauf nicht einzugehen. Wegen einer verhältnismäßig so geringfügigen Sache, die jeder „gewöhnliche“ Bürger vor dem ordentlichen Gericht austragen kann, sich morden zu lassen oder einen anderen umzubringen, wäre auch Wahnsinn gewesen. Aber die Ausnahme-Ehre des Offiziers verlangt derartigen Wahnsinn; und daß er diesem aus dem Wege ging, wird für Dr. Wittern wohl nicht ohne Folgen bleiben. Jedenfalls hat diese Gerichtsverhandlung wieder einmal recht deutlich gezeigt, wie eigenartig verschiedene bürgerliche Rechtsauffassungen sind.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 25. Oktober.
Angestelltenversicherung. Am Sonntag, dem 27. d. s. Mts., von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, findet die Wahl der Vertrauensmänner und der Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung aus der Gruppe der versicherten Angestellten statt. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Das lübische Staatsgebiet ist in 13 Stimmbezirke eingeteilt. Gemählt wird für den 1. Stimmbezirk in den Zentralhallen, Danwartstraße 20; für den 2. Stimmbezirk im Bürgerverein, Königstraße 25; für den 3. Stimmbezirk im Konzerthaus, Fünfhäuser, Fünfhäuser 17/19; für den 4. Stimmbezirk im Restaurant Hohenzollern, Hüßstraße 17; für den 5. Stimmbezirk in der St.-Lorenzshalle, Moislinger Allee 21; für den 6. Stimmbezirk im Gasthof Sadowa, Fadenbürger Allee 44; für den 7. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Schulz in Kurau, lüb. Anteils; für den 8. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Dieckmann in Küdnitz; für den 9. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Böge in Schlutup; für den 10. Stimmbezirk im Hotel Stadt Kiel in Travemünde, Kurgartenstraße 61; für den 11. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Püß in Nulße; für den 12. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Ehlers in Behlendorf; für den 13. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Schüller, Krummeseer Baum. Die einzelnen Stimmbezirke umfassen 1. Stimmbezirk: Marien-Quartier, ferner die Vorstadt St. Jürgen sowie die Landgemeinden Strecknitz und Genin. 2. Stimmbezirk: Jacobi-Quartier, ferner die Vorstadt St. Gertrud sowie die Landgemeinden Israelsdorf, Gothmund, Wesloe, Schattin und Urecht. 3. Stimmbezirk: Marien-Magdalenen-Quartier. 4. Stimmbezirk: Johannis-Quartier. 5. Stimmbezirk: Vorstadt St. Lorenz, Lindenplatz und sämtliche südlich davon gelegenen Plätze, ferner die Landgemeinden Moisling, Niendorf und Reede. 6. Stimmbezirk: Vorstadt St. Lorenz, sämtliche nördlich vom Lindenplatz gelegenen Straßen und Plätze, ferner die Landgemeinden Schönhöden, Krempeisdorf und Borwerk. 7. Stimmbezirk: Die Landgemeinden Kurau, Dissau, Krumbeck und Walkendorf. 8. Stimmbezirk: Die Landgemeinden Siems, Küdnitz, Dammersdorf, Herrenwupf und Pöppendorf. 9. Stimmbezirk: Landgemeinde Schlutup. 10. Stimmbezirk: Das Städtchen Travemünde sowie die Landgemeinden Jöndorf, Rönkau, Broden, Gneversdorf und Leutendorf. 11. Stimmbezirk: Die Landgemeinden Nulße, Nüherau, Poggensee, Groß-Schretstaken, Klein-Schretstaken und Tramm. 12. Stimmbezirk: Die Landgemeinden Düchelsdorf, Stierkrade, Hollenbed, Behlendorf, Absfelde, Giesensdorf und Harmsdorf. 13. Stimmbezirk: Die Landgemeinden Kronsörde, Mulsdorf, Borrade, Blankese, Beidendorf, Krummese, Nieder-Büssau und Ober-Büssau. Der Wahlberechtigte darf sein Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk ausüben, in welchem er wohnt. Die Versicherungskarte dient als Ausweis über die Wahlberechtigung. Das Wahlrecht wird in Person durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Vertretung herzustellen. Sie dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Die Stimmzettel dürfen nur auf eine der Vorschlagslisten lauten: Die Vorschlagsliste A ist aufgestellt von der Wählervereinigung „Freie Vereinigung“, bestehend aus den Verbänden: Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands, Bund der technisch-industriellen Beamten, Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands und Zentralverband der Lagerhalter. Diese Vorschlagsliste allein kommt für alle fortschrittlichen Privatangestellten in Betracht. Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; als veränderte Vorschlagslisten gelten auch solche, in welchem die Reihenfolge der Vorgesetzten geändert worden ist. Es genügt, daß der Wähler die Bezeichnung der Liste angibt, für die er sich entscheidet, also auf den Stimmzettel, wenn er ihn handschriftlich herstellt, schreibt: „Liste A“, oder „Liste G“. Im übrigen sind Stimmzettel, die von den Vorschlagslisten abweichen, ungültig. Die Stimmzettel werden in einem verschlossenen Umschlag, der mit dem Stempel der Reichsversicherungsanstalt versehen ist, durch die Hand des Vorstehers der Wahl oder seines Vertreters in die Wahlurne hineingelegt. Die Umschläge für die Stimmzettel werden den Wählern im Wahlraum zur Verfügung gestellt. — Die Wahl bei der Gruppe der Arbeiter, die auf den 29. d. Mts. anberaumt war, findet nicht statt, da diese Gruppe nur eine Vorschlagsliste eingereicht hat. Die in der eingereichten Vorschlagsliste verzeichneten Personen gelben in der Reihenfolge des Vorschlages als gewählt.

Ja der am Montag, dem 4. November beginnenden Schwurgerichtsperiode sollen nach den bisherigen Dispositionen folgende Sachen zur Verhandlung kommen: Am 4. November gegen den Fluchhiffer und Zimmermann Stühff aus Lübeck wegen Brandstiftung und ver-

suchten Betruges, am 5. November 1. gegen die Dienstmagd Wortmann aus Lübeck wegen Kindesmordes, 2. gegen den Hausdiener Bogelej aus Thale wegen Unterschlagung, Betruges und Urkundenfälschung, am 6. November gegen den Setzer Mergis aus Terejoki in Finnland, wegen verurteilten Totschlages, am 7. November gegen den Arbeiter Brenner aus Gauenitz, wegen verurteilter Mordthat, am 8. November gegen den Viehhändler Mustin von hier, wegen Meineides, am 12. November gegen den Tischlermeister Ertef und den Tischlergesellen Wiebring von hier, wegen Konkursverbrechens, am 13. November gegen den Tischler Utermar von hier wegen Sittenverbrechens. — Der Mord auf der Travemünder Chaussee kommt demnach in dieser Schwurgerichtsperiode noch nicht zur Verhandlung.

Der Kaduantenismus machte sich auch in Lübeck am Mittwochabend in der „Flora“ so recht breit, wobei der sogenannte Hauptauslöser eine Versammlung der Privatangestellten einberufen hatte, angeblich um über die Bedeutung der Wahlen zur Angestelltenversicherung zu beraten. Der Referent, ein Mann mit Doktorittel, suchte seine Bildung dadurch zu dokumentieren, daß er von dem „großen Maul“, von der „großen Presse“ — anderer sprach, nämlich der Vertreter der freien Vereinigung, die bekanntlich die fortschrittlichen Privatangestellten unter ihrer Fahne vereint. Das unqualifizierbare Verhalten eines Teiles der „deutsch-nationalen“ Versammlungsteilnehmer führte wiederholt zu erregten Zwischenfällen. Die bürgerliche Presse, die sonst sich immer als Wächter des guten Lones der Sozialdemokraten aufspielt, hat an der „großen Presse“ ihrer „nationalen“ Schützlinge natürlich nichts auszuweisen, sondern bringt tendenziöse Berichte, welche die Wahrheit direkt auf den Kopf stellen. Das dürfte niemand wundern, der weiß, wie sehr jene Seite bemüht ist, die Privatangestellten möglichst einzuwickeln. Heute abend findet wiederum eine Versammlung der Privatangestellten in der „Flora“ statt, in der seitens der freien Vereinigung schon die nötige Aufklärung geschaffen wird.

Gute Zimmerluft. Frische, reine Luft ist zur Erhaltung der Gesundheit unentbehrlich. Beim Aufenthalt in geschlossenen Räumen verschlechtert der Mensch durch seine Atmung und durch seine Ausdünstungen die Luft. Die Nachteile des Aufenthaltes in geschlossenen Räumen machen sich im allgemeinen um so mehr geltend, je kleiner der Raum ist. Um die Gesundheitschädigung durch den Aufenthalt in geschlossenen Räumen auf ein Mindestmaß zu beschränken, muß für eine möglichst ununterbrochene Erneuerung der Luft (Ventilation) gesorgt werden. Auch in geschlossenen Räumen findet zwar bis zu einem gewissen Grade ein beständiger Luftwechsel (natürliche Ventilation) statt durch die Wände, durch Spalten und Jagen in Fenstern und Türen, durch Kamine und beim Auf- und Zumachen von Türen. Dieser Luftwechsel, der gewöhnlich um so stärker ist, je größer der Unterschied zwischen der Innen- und Außentemperatur ist, reicht jedoch nicht aus. Das einfachste Mittel zur Erzielung einer hinreichenden Lüfterneuerung besteht in regelmäßigen Öffnen von Fenstern und Türen. Am raschesten geht die Lüfterneuerung vor sich, wenn zwei einander gegenüberliegende Fenster oder ein Fenster und eine gegenüberliegende Tür geöffnet werden. Hierbei entsteht allerdings ein Durchzug, besonders bei großem Unterschied zwischen Außen- und Innentemperatur. Durchzug wird von vielen Leuten ängstlich vermieden, diese Ängstlichkeit ist jedoch meistens unbegründet. Regelmäßige Lüftung ist das beste Vorbeugungsmittel gegen Feuchtigkeitsbildung. Besonders Wohnungen in Neubauten sind bis zur vollständigen Austrocknung so viel als möglich zu lüften und im Winter zu heizen. Zimmer, die nicht gehörig durchlüftet werden, werden leicht feucht, muffig und dumpf. Dies gilt besonders von Alkoven und langen schmalen Zimmern, wie man sie häufig in Hinterhäusern findet. Zimmer mit indirektem, d. h. mit solchen Fenstern, die nicht ins Freie, sondern auf einen geschlossenen Raum (andere Zimmer, Gänge und Treppenhaus, geschlossene Laube usw.) führen, können gewöhnlich nur mangelhaft gelüftet werden; sie eignen sich infolgedessen nicht zum längeren Aufenthalt für Menschen, namentlich nicht als Schlafzimmer. Solange es die Witterung gestattet, halte man die Fenster Tag und Nacht offen. In Schlafzimmern lasse man die Fenster auch im Winter bis möglichst lange vor dem Zubettgehen offen. Schlafzimmer, die gleichzeitig als Wohn- und Arbeitsräume dienen müssen, sind abends vor dem Zubettgehen nochmals gründlich zu lüften.

ph. Darlehensschuldner. Am 17. d. s. Mts. erschien bei einem hiesigen Wirte ein unbekannter Mann, der sich Adolf Scharf nannte und angab, er sei der Vertreter einer dänischen Firma, die hier 2 Filialen zwecks Verkaufs von billigem Fleisch einrichten wolle. Auf Grund dieser Angaben mußte er das Vertrauen des Wirtes zu gewinnen und sich ein Darlehen von 80 Mark zu erschwandeln. Der Schuldner wird beschrieben als ein Mann im Alter von 30—35 Jahren, etwa 1,70 Meter groß, er hat dunkelblondes Haar, eben solchen Schnurrbart, gebogene Nase, volles Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, untersekte Statur und eine Narbe unter dem Kinn, die bis zum Kehlkopf reicht. Er war bekleidet mit hellbraunem Anzug, blauem Anzug und trug abwechselnd einen steifen schwarzen Hut mit schmalen schwarzen Sammetband, oder flache Mütze von der Farbe seines Paletots. Es wird vor dem Schuldner gewarnt.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen, Sonnabend, den 26. Oktober, abends von 5 bis 7½ Uhr im Lokale des Herrn Sabrowski „Gasthof zur Linde“ statt.

Katekau. Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 27. d. s. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet beim Svrischenhause in Groß-Timmendorf, und abends 7 Uhr im Hause des Herrn Wyrtau, Bahnhofstraße in Pansdorf, eine öffentliche Volksversammlung statt. Der Reichstagskandidat Steiling-Lübeck wird über Feuerung, Krieg, die politische Lage und die kommenden Gemeinderatswahlen referieren. Die Parteigenossen werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungen zahlreich besucht werden. Auch findet am Sonntag die Landpostverbreitung statt. Die tätigen Genossen von Groß- und Klein-Timmendorf, sowie Timmendorfer Strand werden ersucht, zwecks Empfangnahme des Materials im Gasthose des Herrn Wulf in Groß-Timmendorf, für die anderen Ortschaften in der Gastwirtschaft der Frau Wwe. Kopp-Katekau sich einfinden zu wollen. Die für Sonnabend, den 26. d. s. Mts., angelegte Versammlung findet umständlicher nicht statt.

Renfefeld. Mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen wird sich am Sonnabend abend 8 Uhr eine im Lokale des Herrn Süße hieselbst stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Noch nicht beantragt. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus besser Quelle erfahren haben will, entbehrt die Nachricht, daß der Hamburger Senator v. Berenberg-Göbler, der wegen Duellschikane drei Monate Zehnung erhielt, vom Kaiser begnadigt worden ist, jeder Begründung. Was noch nicht ist, wird aber bestimmt noch werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

SONNABEND DEN 26. OKTOBER

Jeder Einkauf führt zu grossen Ersparnissen.
Für 20% eine Rabattmarke.

Eine hervorragend günstige Kaufgelegenheit

Jede Gruppe Ihrer besonderen Beachtung empfohlen.

GRUPPE I

- Damen-Ulster in Ia. Flausch- u. Angora-Fantasiestoffen
Regulärer Verkaufspreis 36-43 M. **Durchweg 22⁵⁰**
- Blaue Kammgarn-Kostüme
mit Tressenbesatz **Extra billig 18⁷⁵**
- Weisse Tüllkleider moderne Schoßfassen
mit farbiger Voile-Plissee-Garnitur . . . **Extra billig 12⁷⁵**

GRUPPE II

- Herren-Ulster aus modernem engl. gemusterten Cheviot
mit angewebtem Futter, 2-reihige Fassung **22⁵⁰**
- Herren-Paletot aus marengo-Doppelstoff mit Plaidfutter
und Sammetkragen **19⁵⁰**
- Herren-Anzug aus dunkel gestreiftem Cheviot
moderne 2-reihige Fassung **24⁵⁰**

GRUPPE III

- Russenkittel 4 Größen
aus Flanellet mit farbigem Besatz **Extra billig 1²⁵**
- Knaben-Ulster mod. 2-reihige Fassung, aus Stoffen engl. Art
auf Futter gearbeitet, für das Alter von 9-12 Jahren . . . **7⁵⁰**
- Knaben-Pyjacks aus blauem Cheviot mit Tressen und Ab-
zeichen auf Futter gearbeitet, für das Alter v. 6-9 Jahren **4⁵⁰**

GRUPPE IV

- Seiden-Messaline mit Bordüre
Regulärer Verkaufspreis 2.50 M. Meter **1⁵⁰**
- Changeant-Taffete in entzückenden Farbenstellungen
Regulärer Verkaufspreis 2.40 M. Meter **1⁶⁵**
- Blusen-Messaline und Taffet raye
in modernen Farben **Extra billig Meter 1⁵⁵**

GRUPPE V

- Bettlaken Reinleinen-Schuss, hervorragende Qualität
140x225, gesäumt **Extra billig 2⁹⁵**
- Kissenbezug aus gutem Renforce
mit Languetten **Extra billig 60⁴**
- Bettbezug aus Ia. Renforce
vollkommene Bettgröße **Extra billig 3¹⁰**

Ein Gelegenheitsposten
Moderner

- ### Herr.-Krawatten
- Regattes, Diplomats u. breite offene Binder
Regulärer Verkaufspreis bis 1²⁵ M.
Durchweg 50 Pfennig.

Eine große Kollektion
Muster-

- ### Damenhüte
- 50 bis 75 %**
unter Preis.
Serie I

- Sammelhüte und
Touques
Regulärer Verkaufs-
preis bis 7⁵⁰ **3⁹⁵ u. 2⁷⁵**
- Serie II
Velour- u. Plüschhüte
in allen modernen Formen
Regulärer Verkaufs-
preis bis 15⁰⁰ **6⁵⁰ u. 4⁵⁰**

Ca. 1500

- ### Mädchen- u. Knaben-Hemden
- aus gutem Hemdentuch
für das Alter von 10 bis 15 Jahren
Regulär
bis 1⁹⁵ **Durchweg 1²⁵**

Ca. 3000 Meter

- ### Hemdentuche
- stark- und mittelmäßig
erprobte unverwüstliche Qualitäten
Extra billig
Meter **39⁴ u. 48⁴**

GRUPPE VI

- Damen-Schnürstiefel echt Chevreau, elegante amerikan.
Form, Derbyschnitt mit Lackkappe **7⁹⁵**
- Herren-Schnürstiefel echt Chevreau, moderne amerikan.
Form mit Lackkappe **9⁷⁵**
- Kinder-Rindbox-Schnürstiefel extra starke Strapazier-
Qualität, Größe 27-35 **Durchweg 3⁹⁵**

GRUPPE VII

- Langhüftige Korsette
aus grauem Drell mit Spiralfedern **1⁷⁵**
- Frack-Korsette
aus gebüxtem Drell mit Strumpfhaltern **2²⁵**
- Directoire-Korsette
aus feinfarbigem Drell mit Strumpfhaltern, reich garniert **3⁴⁵**

GRUPPE VIII

- Alarm-Weckuhr
mit 1 Jahr Garantie **Extra billig 1⁶⁵**
- Küchen-Uhr
Steingutplatte mit Gold- oder Delft-Decor . . **Extra billig 3²⁵**
- Moderne Standuhr
Gehäuse aus Kunstguß oder Alabaster . . . **Extra billig 3²⁵**

GRUPPE IX

- Kaffee-Service, Porzellan 9teilig
verschiedene Formen mit neuem Kantendekor **4⁷⁵**
- Kaffee- u. Tee-Service, Porzellan für 12 Personen
16teilig, mit modernem Dekor **7⁵⁰**
- Tafel-Service, Porzellan für 6 Personen
mit Goldrand oder farbig dekoriert **16⁰⁰**

GRUPPE X

- Vierfarbendrucke nach modernen Gemälden
auf China-Karton **Extra billig 90⁴**
- Oeldruck-Wandbilder 47x33 cm
in modernem breitem Rahmen **1⁵⁰**
- Kopenhagener Nippes Imitiert
„Der erste Schritt“, „Faust u. Gretchen“, „Walzertraum“ etc. **90⁴**

Haushalts-Artikel

Rein Aluminium!

- | | |
|---|---|
| Schmortöpfe mit Deckel 2 ⁵⁰ 2 ¹⁰ 1 ⁶⁵ M. | Robhaarbesen 1 ⁴⁵ M. 95 ⁴ |
| Wasserkessel 4 ⁵⁰ 3 ⁵⁰ M. | Handfeger Robhaar 95 ⁴ 75 ⁴ |
| Kaffeekannen 4 ²⁵ 3 ⁴⁵ M. | Möbelbürsten 58 ⁴ |
| Milchtöpfe Satz 4 Stück 3 ⁵⁰ M. | Seifenbürsten mit Stiel . . 28 ⁴ 18 ⁴ |
| Kasserolen mit Stiel 1 ²⁵ 95 ⁴ | Leuwagen 28 ⁴ 22 ⁴ |
| Pfannen mit Stiel 1 ⁷⁵ 1 ²⁵ M. | Fensterbürsten 58 ⁴ 48 ⁴ |
| Durchschläge 1 ⁵⁰ 1 ²⁵ M. | Fensterlieder 75 ⁴ 55 ⁴ 35 ⁴ |
| Essenträger 1 ³⁵ 95 ⁴ | Klosettbürsten 48 ⁴ |
| | Zylinder-Putzer 16 ⁴ 10 ⁴ |

Lebensmittel bester Qualität

- | | |
|---|---|
| Brech- u. Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose 34 ⁴ | Frankf. Apfelwein . . Flasche 48 ⁴ |
| Gemüse-Erbsen . . 2-Pfd.-Dose 42 ⁴ | Fruchtwein weiß und rot Flasche 58 ⁴ |
| Jg. Erbsen u. Karotten 2-Pfd.-D. 44 ⁴ | Roter Gebirgswein . . Flasche 95 ⁴ |
| Abschnitt-Spargel . 2-Pfd.-Dose 58 ⁴ | Portogina-Süßwein 1 ¹⁰ M. |
| Weizenmehl Pfd. 16 ⁴ | Griechischer Samos Flasche 1 ³⁰ M. |
| Gebrannte Gerste Pfd. 19 ⁴ | Bananen Pfd. 26 ⁴ u. 23 ⁴ |
| Erbsen Pfd. 23 ⁴ | Amer. Tafeläpfel Pfund 38 ⁴ u. 24 ⁴ |
| Bohnen } neue Ernte Pfd. 23 ⁴ | Tafelbirnen Pfd. 28 ⁴ u. 24 ⁴ |
| Linsen } Pfd. 26 ⁴ | Almeria-Trauben Pfd. 42 ⁴ u. 32 ⁴ |

Wäsche-Mangeln Wring-Maschinen

Tischmangel 19⁵⁰ Staudmangel 36⁵⁰ mit Ia. Gummiwalzen 33 cm lang **9⁵⁰**

- | | |
|---|--|
| Kronkerzen 500 g brutto 6 u. 8 St. 55 ⁴ | Putz- und Wichskasten . . . 28 ⁴ |
| Bohnerwachs Ia. Qual. 1-Pfd.-Dose 68 ⁴ | Wichskasten Hartholz 65 ⁴ |
| Glanziol-Metallputz . . Flasche 22 ⁴ | Besteckkasten Hartholz . . . 40 ⁴ |
| Toilette-Papier Rolle 11 ⁴ | Aermei-Plättbretter 58 ⁴ |
| Butterbrotpapier ca. 100 Blatt . 19 ⁴ | Plättbretter gut gepolstert . . . 2 ⁴⁵ |
| Schubcreme Dose 8 ⁴ | Wäscheleinen 20 ⁴ 14 ⁴ |
| Kokos-Fußmatten 35 ⁴ 25 ⁴ | Wäscheklammern . . . 90 Stück 12 ⁴ |
| Draht-Fußmatten 60 ⁴ | Kleiderbügel poliert 6 ⁴ |
| Asbest-Kochteller 9 ⁴ | Patent-Bügel mit Hasenstrecker . 38 ⁴ |

Frisches Fleisch vom Lübecker Schlachthof

- | | |
|--|---|
| Junges Rindfleisch . . . Pfund 75 ⁴ | Ia. Mastkalbfleisch . . . Pfund 90 ⁴ |
| Bratenstücke Pfd. 80 u. 90 ⁴ | Bratenstücke Pfd. 1.00 M. |
| Junges Schweinefleisch Pfund 90 ⁴ | Hammelfleisch Pfund 80 ⁴ |
| Bratenstücke Pfd. 95 ⁴ | |

- | | |
|---|---|
| Bratenschmalz Pfd. 58 ⁴ | Blutwurst Pfd. 60 ⁴ |
| Schweineschmalz gar. rein Pfd. 78 ⁴ | Landleberwurst geräuchert Pfd. 70 ⁴ |
| Feinste Meiereibutter . . Pfd. 1 ³² M. | Sülze Pfd. 70 ⁴ |
| Palmitin Pfd.-Paket 65 ⁴ | Land-Mettwurst Pfd. 1 ¹⁰ M. |
| Schweizerkäse fett Pfd. 65 ⁴ | Salami Pfd. 1 ²⁵ M. |
| Tilsiter Käse fett Pfd. 70 ⁴ | Kronsbeeren 2-Pfd.-Glas 60 ⁴ |
| Geräucherter Lachs . . . Pfd. 1 ¹⁰ M. | Zuckerhonig Pfd. 29 ⁴ |
| Pomm. Gänsebrust i. Ganz. Pfd. 1 ⁸⁵ M. | |
| Gekochter Schinken . . . Pfd. 1 ⁹⁰ M. | |

Gelbe Speisekartoffeln 100 Pfd. 2.75 netto 10 Pfd. **35⁴**

Die preussische Steuerreform.

II.

Kinderprivileg — § 23 — Wahlrecht — Strafbestimmungen — Der ungenügende Landrat.

Das Kinderprivileg hatte im Jahre 1909 eine Erweiterung erfahren insofern, als nicht mehr für jedes Kind 50 Mk. in Abzug gebracht werden, sondern eine Ermäßigung des Steuerbetrages um eine Stufe beim Vorhandensein von 2, um 2 Stufen beim Vorhandensein von 3 oder 4, um 3 Stufen bei 5 oder 6 Kindern eintritt, sofern das Einkommen nicht mehr als 6500 Mk. beträgt. Für je 2 weitere Kinder tritt eine Ermäßigung um eine Stufe mehr ein. Auch hier wurde versucht, Verbesserungen zu schaffen dahin, daß auch die Frau und nicht nur die Kinder in Betracht genommen werden sollen. Doch die Regierung setzte jeder Verbesserung den allerhöchsten Widerspruch entgegen. Die Ausdehnung des Kinderprivilegs sei von unübersehbarer Wirkung auf die Kommunalbesteuerung. In Westpreußen gebe es eine Gemeinde von 7000 Einwohnern, in der 25 Prozent der Einwohner im schulpflichtigen Alter stehen, in einer anderen 2272 Einwohner zählenden Gemeinde seien sogar 32 Proz. schulpflichtig. Daß dies gerade ein Grund für die Verbesserung des Privilegs ist, kann nur die Regierung nicht einsehen. Schließlich wurde aber doch noch erreicht, daß bei einem Einkommen von 900 bis 1200 Mk. schon ein Kind zur Vergebung in eine niedrigere Steuerstufe berechtigt. Dagegen wurde ein Antrag, bei Verheirateten bis zu einem Einkommen von 1050 Mk. Steuerfreiheit zu beschließen, abgelehnt.

Eine Änderung der Auskunftspflicht der Arbeitgeber nach § 23 des Gesetzes ist insofern eingetreten, als beschlossen wurde, daß nicht nur das Einkommen bis zu 3000 Mk., sondern jeder Lohn und Gehalt der Gemeindebehörde mitgeteilt werden muß. Damit wurde der bestehende Ausnahmezustand gegen die Arbeiter gemildert, natürlich gegen den Widerstand der Regierung und der reaktionären Parteien, die die Angestellten mit mehr als 3000 Mk. Gehalt nicht in Konflikt mit der Selbstanzeige ihres Gehaltes bringen wollten. Durch die Auskunftspflicht der Arbeitgeber sind 10 bis 15 Millionen Mark jährlich mehr an Steuern eingenommen worden. Wie im Jahre 1906 war auch diesmal die Kommission nicht zu bewegen, nun auch eine Auskunftspflicht der Banken gesetzlich festzulegen, damit auch die Depositen der Steuerbehörde bekannt werden. Gegen diese Forderung wurde sogar angeführt, daß der Bankier zur Geheimhaltung berufsmäßig verpflichtet sei. Warum erkennt man denn dann nicht auch eine berufsmäßige Geheimhaltung der Löhne an? Kapitalisten und Arbeiter sollen eben nicht gleich behandelt werden.

Im Jahre 1910 hatte die Regierung bei der Wahlrechtsvorlage vorgeschlagen, daß Steuerbeträge über 5000 Mark bei der Drittstellung nicht in Anrechnung gebracht werden sollen. Als nun jetzt beantragt wurde, eine solche Bestimmung in das Einkommensteuergesetz aufzunehmen, erklärte die Regierung, daß sie unter keinen Umständen einer solchen Regelung zustimmen werde. Man dürfe nicht bei Verabschiedung des Steuergesetzes die „ganze“ Wahlrechtsfrage aufrollen. Anscheinend erschöpft sich die Frage des Wahlrechts bei der Regierung lediglich in der Steuerverkürzung. Später aber unternahm die Kommission doch noch eine Wahlrechtsverschärfung, indem sie die öffentliche Kritik des Dreiklassenwahlrechts vollständig verhinderte. Bisher wurde zu Wahlzwecken in Zeitungen manchmal unter Namensnennung bekannt gegeben, mit welcher Stimme ein Wähler allein in der ersten oder zweiten Klasse zu wählen hatte. Ein genügender Hinweis auf den Wahlbezirk oder die Straße, in welcher der Wähler wohnte, um zu erraten, wer gemeint war. Das ist der Regierung und den bürgerlich-reaktionären Parteien schon lange unangenehm gewesen. Denn solche Veröffentlichungen decken erst die ganze Schändlichkeit des Dreiklassenwahlrechts auf. Die Regierung schlug vor, daß auf Antrag des davon betroffenen Wählers derjenige bestraft werden soll, der die in den Wählerlisten enthaltenen Angaben über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu anderen als zu Wahlzwecken öffentlich verbreitet. Das kam den Herrschenden sehr gelegen, und nun hieß es nicht mehr, daß man doch keine Strafbestimmung über die Wählerliste im Einkommensteuergesetz schaffen könne, wenn im Gegenteil, gerade da gehöre sie hin. Aber die Regierung ging ihnen noch nicht weit genug. Sie schränkte die Bestimmung so ein, daß überhaupt jede Steueröffentlichung, auch wenn sie zu Wahlzwecken geschieht, bestraft wird. Jetzt soll bestraft werden, wer die Angaben der Wählerlisten „anders als zu Zwecken, welche für die Nachprüfung oder Richtfeststellung der Wählerlisten erforderlich sind, verbreitet.“ Also jede, auch die nichtöffentliche Verbreitung soll strafbar sein und nicht allein auf Antrag des Steuerpflichtigen, sondern auch der Regierung! Zur Nachprüfung und Richtfeststellung der Wählerliste ist nur die Einsicht und Beschränkung „erforderlich“. Mehr darf also in Zukunft mit den Angaben der Wählerliste nicht geschehen. Jede andere Benutzung ist strafbar mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder Gefängnis bis zu drei Monaten, denn es ist „nicht Aufgabe der Auslegung der Wählerlisten, Handhaben für die Kritik des Wahlrechts zu geben“.

Es ist unglaublich, mit welcher Fähigkeit die Reaktionen bei jeder sich bietenden Gelegenheit den bestehenden Zustand des Wahlrechts noch verschlechtern. Hierdurch unterbinden sie die Kritik des Wahlrechtes an der empfindlichsten und aufreizendsten Stelle, da in Zukunft die ungeheuerlichsten Tatsachen aus den Wählerlisten geheim

bleiben müssen. Es ist eine seltsame Ironie, daß das Wahlrecht selbst öffentlich ist, aber die der Stimmenabgabe zugrunde liegenden Ungerechtigkeiten dem Licht der Öffentlichkeit krampfhaft entzogen werden. Wenn die Schwarzblauen glauben, damit das elende Wahlsystem noch lange erhalten zu können, so dürften sie sich recht bitter gelächelt sehen.

Nicht so schnell wie in diesem Falle wurde man sich einig über die Bestrafung der Steuerbetrüger. Die Regierung brachte Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre für die zweite absichtliche Steuerhinterziehung in Vorschlag. Da hierbei die Stützen des Dreiklassenwahlrechts in Frage kommen und nicht die Kritiker, schreckte man vor der Gefängnisstrafe zurück. Wie bisher, sollte Haft genügen. Sonderbar ist dieser Standpunkt schon um deswillen, weil die Sinker jede Steuerbetrügerei ihrer Klasse ablehnen. Was braucht sie dann Gefängnisstrafe zu schrecken! Sie müssen sich doch aber nicht so sicher fühlen, wie sie immer vorgeben. Aber da nun einmal nicht am Gefängnis vorbeizukommen war, beschloß man, den reichen Steuerbetrüger erst bei dem dritten absichtlichen Betrug ins Gefängnis zu stecken, aber auch nur dann, wenn seit der letzten Bestrafung noch nicht 10 Jahre verfloßen sind. Beantragt war sogar eine Verjährungsfrist von nur 5 Jahren. Nur in besonders schweren Fällen soll beim zweiten Male Gefängnis bis zu drei Monaten zulässig sein. Die Sorge um die Steuerbetrüger war geradezu rührend, denn allen Ernstes wurde versucht, bei der dritten absichtlichen Steuerhinterziehung die Gefängnisstrafe abzuwehren oder zu mildern, wenn — mildern die Umstände vorhanden seien. Als ob es solche bei Steuerbetrügerei geben könnte! Bei der Strafbestimmung über die Mitteilung der Angaben aus den Wählerlisten traten mildern Umstände garnicht in den Kreis der Ermäßigungen. Nun kann es vorkommen, daß ein Wähler, weil er die Steuerverhältnisse eines andern Wählers verbreitete, drei Monate Gefängnis erhält und der Steuerzahler, um den es sich handelt, kann schon zweimal den Staat absichtlich betrogen haben und handelt ehrenhafter, als jener Kritiker des geheiligten Dreiklassenwahlrechts, denn er kommt nicht ins Gefängnis.

Das ist typische Dreiklassenmoral! So etwas nennt man in Preußen „Steuerreform“, und das Ganze krönt man damit, daß man mit einer Mehrheit, die fast als Vertrauensvotum gelten kann, den Landrat als Vorsitzenden der Steuereinschätzungskommission beibehält. Die Landräte, von denen der Finanzminister sagte, daß sie „nur zum kleineren Teil den zu stellenden Anforderungen genügt hätten“, weil sie „sich persönlich nicht genügend um das Veranlagungsgeschäft gekümmert“ haben.

Das ist auch ein Beweis dafür, wie ernst den Sinker eine Reform des Steuerwesens ist. Ihnen genügt es, mit einer Scheinreform reaktionäre Nebenzwecke zu verbinden, und das haben sie bei der ersten Fassung der Steuernovelle in der Kommission wohl zu ihrer eigenen Überraschung mit Leichtigkeit erreicht.

Die Teuerung.

Die Stadt Düsseldorf hat den Bezug von Rind- und Schweinefleisch in die Wege geleitet. Zweimal bereits sind größere Mengen von Rindfleisch angekauft worden und durch Vermittlung der Fleischerinnung durch Düsseldorf Meßger zu festgesetzten Preisen verkauft worden. Am Mittwoch sollte nun auch Schweinefleisch zum Verkauf kommen. Kurz vor dem Verkaufstermin zog die Stadtverwaltung die den Zeitungen erteilten Inzeratenaufträge zurück mit dem Bemerkten, die Fleischerinnung hätte sich geweigert, den Verkauf des Schweinefleisches durch seine Mitglieder in die Hand zu nehmen. Vor kurzem noch wurde in einer von der Innung arrangierten Versammlung der Meßger von dem Vorsitzenden konstatiert, daß „keine Stadt in Deutschland die Fleischermeister so in Schutz genommen habe wie Düsseldorf.“ Trotzdem nun diese Weigerung! Die Düsseldorf Verwaltung ist übrigens noch bekannt geworden durch den Ausspruch ihres Oberbürgermeisters, man wolle keine dauernden Einrichtungen zur Regulierung der Preise schaffen, da das zum Kommunal-Sozialismus hinführe.

Der Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin, hat am Mittwoch hinsichtlich der Weigerung der Schlächtermeister, russisches Fleisch zu verkaufen, der Stadtverwaltung von Berlin mitgeteilt, daß der Verband jederzeit gern bereit ist, der Stadtverwaltung eine genügende Anzahl brauchbarer Fleischergesellen, die den Fleischverkauf besorgen können, durch den Verbands-Arbeitsnachweis kostenlos zu vermitteln.

Auch am Donnerstag vollzog sich der Absatz des russischen Fleisches in Berlin nur unter erheblichen Schwierigkeiten, weil sich die Fleischermeister nach wie vor weigerten, das Fleisch zum Verkauf zu bringen. Die einzelnen Markthallen, in denen russisches Fleisch zum Verkauf kam, hatten einen ganz gewaltigen Menschenandrang zu verzeichnen; der Nachfrage konnte in keiner Weise genügt werden. Unterdessen haben die Fleischer in den Geschäften, die sich in der Nähe der Markthallen befinden, Plakate folgenden Inhalts ausgehängt:

„Infolge der ausländischen Fleischzufuhren sind die Preise für unsere hiesigen, erprobt guten Qualitäten bedeutend herabgesetzt, wovon sich das geehrte Publikum an den Fensteransagen überzeugen kann. Wir werden auch fernerhin unsere besten Qualitäten weiterführen und hoffen auf einen noch größeren Preisrückgang.“

Die Preise sind bis zu 20 Pfg. pro Pfund ermäßigt. Im Publikum setzt sich darum die Überzeugung fest, daß die Fleischer schon früher mit den Preisen hätten herabgehen können, daß sie aber erst durch die Zufuhr russischen

Fleisches gezwungen worden sind. Die Erbitterung gegen diese Preistreiber ist ständig im Zunehmen begriffen. Der Berliner Magistrat kündigt an, daß er weitere Vorkehrungen getroffen hat, um die Nachfrage nach russischem Fleisch völlig befriedigen zu können.

Im Stadtteil Wedding kam es am Donnerstag gegen Mittag zu einer förmlichen Revolte. In der dort befindlichen Markthalle konnte russisches Fleisch nicht zum Verkauf gestellt werden. Eine größere Menge griff nun den Laden des Großschlächters Morgenstern an; die Schaufenster wurden eingedrückt, bei welcher Gelegenheit auch Fleisch entwendet worden sein soll. Der Geschäftsführer trat der Menge mit dem schußbereiten Revolver entgegen, wurde aber durch einen Steinwurf derart schwer verletzt, daß er nicht zum Schießen kam. Die rasch herbeigeeilte Polizei zerstreute die Menge; die Straßen in der Nähe der Markthalle wurden aber, weil man weitere Zusammenrottungen fürchtete, mit starken Polizeiposten besetzt.

Auch in München haben die Fleischer es abgelehnt, das aus Dänemark eingeführte Rindfleisch zu verkaufen, jedoch der Fleischverkauf nach der Freibank verlegt werden mußte. Der Münchener Magistrat beabsichtigt, jetzt eigene Fleischverkaufsstellen einzurichten.

Die Fleischerinnung in Danzig lehnte es ab, ausländisches Fleisch zu verkaufen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit, daß ihr aus fast allen Provinzen mitgeteilt werde, daß landwirtschaftliche Organisationen den Städten große Mengen von Schweinen zu regelmäßiger Lieferung angeboten haben und zwar auf mehrere Jahre zu einem durchaus angemessenen Preis. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat zu den Verhandlungen mit den städtischen Körperchaften seine Mitwirkung in Aussicht gestellt. Bis jetzt sei aber noch von keiner Seite berichtet worden, daß das Angebot der Landwirte angenommen worden sei. Wenn der Versuch jetzt fehlschlagen sollte, so würde der Landwirtschaft keinerlei Vorwurf gemacht werden können, denn sie habe dann bewiesen, daß sie bestrebt war, der Bevölkerung gutes und billiges Fleisch zu beschaffen.

In der ersten Hälfte des Oktober stellten sich die Preise für Schweinefleisch auf 186,7 Pfg. für das Kilogramm gegen 186,3 Pfg. in der zweiten Hälfte des Septembers. Teurer geworden ist in dieser Zeit außer dem Schweinefleisch noch das Kalbfleisch um 0,6 Pfg., der Speck um 3,5 Pfg., der Schinken um 0,4 Pfg. und das Kopffleisch um 0,1 Pfg. für das Kilogramm. Billiger ist nur das Rindfleisch um 1,3 Pfg. und das Hammelfleisch um 2,2 Pfg. geworden. Wie kolossal die Preise im letzten Jahre gestiegen sind, zeigt folgende Gegenüberstellung der Preise in der ersten Hälfte des Oktober und die Preise in der ersten Hälfte des Septembers v. J.: Es kosteten das Kilogramm, in Pfennigen ausgedrückt:

	Rindfleisch	Kalb-	Hammel-	Schweine-
	fleisch	fleisch	fleisch	fleisch
1912	194,0	206,4	196,6	186,7
1911	169,9	187,6	149,8	149,8

In Mühlhausen i. Th. beschloß die Stadtverwaltung auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins, gemeinsam mit der Stadt Erturt frisches Fleisch vorzugsweise aus Holland zu beziehen und durch die Fleischerinnung zum Verkauf zu bringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Kennzeichnung der Zentrumspreffe.

Die neueste Nummer der antibachemischen „Kölner Korrespondenz“ (Nr. 47) charakterisiert in einem Artikel die „Presse der Kölner Richtung“. Sie teilt diese in drei Klassen ein und schreibt u. a.:

„Da ist zuerst das Hauptorgan der führenden „schlaunen Opportunisten“, die „Kölnische Volkszeitung“, mit den unter ihrer Regie stehenden Organen und Verlautbarungen der M.-Gladbacher, der Windthorstbunde und des braven Augustinusvereins. Sie wissen, was sie wollen, aber ihre Aufgabe ist außerordentlich heikel. Einerseits verfolgen sie ihr Ziel der Entkonfessionalisierung unentwegt, aber mit viel Geschick und Schlaubeit, während sie andererseits Rom gegenüber andauernd auf dem Quirivive sind und ihre untreuen Verbeugungen nach dem Vatikan machen müssen. Sie verfügen über einige gute Köpfe, Männer von umfassendem Wissen und weitgreifendem persönlichen Einfluß; ihre Kenntnisse beruhen jedoch mehr auf Erfahrung, als auf einheitlicher, systematischer Durchbildung. Eine eigentliche Philosophie besitzen sie nicht, weil sie Opportunisten, keine Männer von eisernen Prinzipien sind. Wenn Rom sie . . . verurteilt, so zwar, daß ihnen jeder Ausweg verlegt ist, dann werden die einen sich schmollend in die Ecke zurückziehen, während die anderen aus materiellen Gründen bei der Sache bleiben werden in der stillen Hoffnung auf bessere Zeiten. In einem offenen Bruch mit der Kirche denkt kein Mensch: Das ist nicht mehr modern und würde der Sache der Kölner nur schaden.“

Die zweite Klasse besteht aus Mitläufern. Hierher gehört das Gros der Augustinusvereinspreffe zweiter bis fünfter Güte: Angsburger Postzeitung, Reifer Zeitung, Effener Volkszeitung, Tremonia, Nachener Volksfreund u. bis herunter zu bedeutungslosen Blättchen der Dorfintelligenz. Diese Organe . . . wissen größtenteils überhaupt nicht, worum sich der Zentrumsstreit dreht; sie schimpfen aber um so kräftiger mit, weil eben die „Kölnische Volkszeitung“ auch schimpft. Auf eine sachliche Auseinandersetzung lassen sie sich natürlich noch viel weniger ein, als die Generalschläbler in Köln. Sie wären dazu wirklich

nicht in der Lage und sind sich dessen auch wohl bewußt. Im privaten Verkehr gelingt es jedoch bisweilen, einen „Kölnner“ Journalisten dieser zweiten Klasse auf die Kernfrage zu stellen. . . . Dann geht er nach Hause und schimpft am nächsten Tage tüchtig weiter gegen die „Quertreiber“, weil das eben sein Metier ist. Viele unter diesen Gefinnungshelden würden über die Bachemiten schimpfen, wenn sie dafür bezahlt wären.

Die dritte Klasse bilden die Limonadenblätter, redaktionell bedeutungslose Organe, die nicht kalt und nicht warm sind, und es aus geschäftlichen Gründen mit niemandem vertreiben möchten. Natürlich neigen sie aber zur linken Richtung, weil sie von dieser Seite einen größeren materiellen Vorteil erhoffen und auch inhaltlich auf den Abkatsch von Kölnern angewiesen sind. Im übrigen beziehen sie ihre geistige Nahrung von Herrn Erzberger, der einmal so und einmal so ist. Was ihnen vorgelegt wird, das schlucken sie . . . Ihre „Redakteure“ — so nennen sich diese Quäntler — geraten manchmal in eine Augustinusvereinsversammlung und bringen dann einige Krautausbrüche gegen die „Quertreiber“ mit heim, die sie auch wohl verwenden wenn es ihnen einmal gelingt, einen Artikel zusammenzubringen. Sonst sind sie brav und unschuldig; dafür sorgt schon der Herr Pfarrer.

Die Leute der „Kölnner Korrespondenz“ kennen die Verhältnisse innerhalb der kirchlichen Presse und die „Psyche“ des Zentrumsredakteurs aus persönlicher Erfahrung sehr genau. Wenn wir die Zentrumspresse auch nie anders eingeschätzt haben, so ist es doch wertvoll, diese Charakteristika sozusagen von Angehörigen des engsten Familienkreises zu erhalten.

Der preussische Gendarm gegen Süddeutschland.

Obwohl die süddeutschen Regierungen alles tun, um sich von dem Verdacht des Kofettierens mit der Sozialdemokratie freizuhalten, sind die preussischen Scharfmacher immer noch nicht befriedigt. Die Bestätigung des Beigeordneten Eikert in Offenbach durch die heussische Regierung, die Ablehnung eines neuen Zuchthausgesetzes durch die bayerische Regierung und der angebliche Wunsch des badischen Ministers v. Bodmann, Genosse Kolb möge sich „zu seiner Rechten“ setzen, veranlaßt die freikonserervative „Schief. Ztg.“ zu einem langen Klagegedicht, das mit folgender Drohung schließt:

„Dringend wünschenswert wäre es aber auch, wenn die preussische Regierung ihren Einfluß bei den Bundesregierungen in nachdrücklicher Weise geltend machte, um Vorgänge zu verhindern, die teils sich unmittelbar als Konkurrenz der Sozialdemokratie gegenüber darstellen, teils doch als solche gedeutet werden können, denn hier handelt es sich nicht um speziell preussische Interessen, sondern um solche des gesamten deutschen Vaterlandes.“

Bedor nicht hinter jedem süddeutschen Minister ein preussischer Gendarm oder Nachtwächter steht, sind die norddeutschen Reaktionen nicht befriedigt.

Der Schrei nach der Luftflotte.

Das erste große Luftschiff ist eben erst von der Marinerverwaltung abgenommen worden, und schon hat sich ein eifriger Korvettenkapitän a. D. gefunden, der, um das Duzend voll zu machen, weitere 11 Luftschiffe verlangt. Die Luftschiffe müßten sich von 24 zu 24 Stunden ablösen können.

Rechnet man nur drei Luftbeobachtungsstationen für die Nordsee, so ergibt das mindestens 9 Beobachtungsschiffe; dazu drei als Reserve, macht ein Duzend, die wir bauen und dauernd an der Küste und auf Helgoland stationiert halten müßten. Ist auch nur mit der Möglichkeit eines Angriffs zu rechnen, also wenn die Lage anfängt, „gespannt“ zu werden, dann hätten sich drei Luftschiffe sofort auf ihre Position zu begeben und die Beobachtungen zu beginnen. Laufen sie dabei auch nur mit 60 Kilometer Stundengeschwindigkeit = 32 Seemeilen, so würden sie imstunde sein, dauernd allen feindlichen Bewegungen, selbst denen der schnellsten Torpedoboote, zu folgen und den Flottenchef auf dem Laufenden zu erhalten. Ein „Uebelstand“ auf unsere Küsten wird damit so gut wie unmöglich gemacht.

Käuflich ist das nur der Anfang, wenn das Duzend Luftschiffe da ist, wird sich schon wieder ein Grund finden, um noch mehr zu bauen. Beim Militarismus gibt's keine Ende der Rüstungen.

Die Behandlung der Arbeiterausschüsse bei den preussischen Staatseisenbahnen.

Als der Abgeordnete Ströbel im Landtage eine Reihe Beschwerden wegen Nichtbeachtung der von den Arbeiterausschüssen an die Direktionen gerichteten Anträge auch wegen Fragestellung der Ausschüßmitglieder zum Vortrag brachte, warnte der Minister v. Bredow, daß die Abgeordneten vor kritischer Wiedergabe derartiger Mitteilungen, die nach seiner Meinung einander übertrieben, oder gänzlich unwahr seien. Und noch am 21. Mai dieses Jahres erklärte der Minister mit Bezugnahme auf den Antrag der Abgeordneten Gleich und Genossen, daß alles, was der Antrag grundsätzlich fordere, bereits durchgeführt sei. Die Beamten, so meinte der Minister, die seine Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse nicht beachten, machten sich strafbar und würden unabweislich zur Verantwortung gezogen.

Wie wenig Bedeutung diese Worte des Ministers haben und wie wenig die Herren Beamten sich um diese bekümmern, erhellt wieder einmal aus Vorgängen, die sich in der letzten Zeit in Eisenbahndirektionsbezirk Berlin abspielten.

In einer Hauptversammlung befanden sich für etwa 110 Arbeiter zwei Reichsbeamte. Der Arbeiterausschuß beantragte im Antrage seiner Kollegen bei dem zuständigen Betriebsingenieur die Aufstellung eines weiteren Reichsbeamten. Der Herr Ingenieur sagte wenig Bestimmtes für solches Verlangen; er meinte, daß während seiner Beschäftigung bei der Kriegerzeit 19 bis 21 Mann in einem Eisenwerk beschäftigt hätten und das Wasser sei nur alle zwei bis drei Tage erneuert worden. Derselbe Herr Ingenieur erlaubte sich weiter, alle Anträge des Arbeiterausschusses als Besessenen zu bezeichnen. Das war dem Arbeiterausschuß sehr unangenehm und wurde durch die Mitglieder des Ausschusses sehr heftig beantwortet. Unter den anwesenden Kandidaten für die Wahl zum Arbeiterausschuß war ein Arbeiter, der im Oktober des Jahres die Wahlbarkeit erlangte. Er war 30 Jahre alt und hatte die Eisenbahnverwaltung seit 19 Jahren erreicht. Schnell wurde als Wahltag der 19. September festgesetzt. Die Arbeiter, deren sich eine ungeheure Erregung bemächtigte, wählten den Kollegen nun aber doch in den Ausschuß, abgesehen davon, daß er noch nicht ganz 30 Jahre alt war, und die Eisenbahnverwaltung wird ihn anerkennen müssen.

Ein anderes Mitglied des Arbeiterausschusses, das den besten Willen hatte, ein wirklicher Vertreter der Interessen seiner Kollegen zu sein, wurde von seinen Vorgesetzten so lange schikaniert, bis er sein Amt niederlegte. Der Mann ist 14 Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt und seit sieben Jahren im Arbeiterausschuß gewesen. Jetzt hat er eingesehen, daß alle seine Bemühungen umsonst waren, daß es ihm unmöglich war, die Wünsche seiner Kollegen zu vertreten, daß dagegen er selbst dauernden Schaden zu erleiden hatte. Nachdem er sein Amt niedergelegt, drangen seine Kollegen in ihn, sich aufs neue wählen zu lassen. Das ihm von den Arbeitern entgegengebrachte große Vertrauen ermutigte ihn noch einmal, die Vertretung zu übernehmen. Doch was geschah? Eines Tages wurde er nach einer anderen Dienststelle versetzt. Seine Wiederwahl war dadurch unmöglich gemacht.

Erst kürzlich schrieb das Verbandsorgan des staatsstreuen Trier-Berliner Eisenbahner-Verbandes, dessen Vorsitzender der nationalliberale Reichstagsabg. J. A. L. ist: „Mit Strohmannern, die sich nur wählen lassen, um im Amtsblatt stolz als Arbeiterausschüßmitglieder zu prangen, ist der Arbeiterschaft nicht gedient! Solche Männer tun sich, uns und ihren Kollegen nur einen großen Liebesdienst, wenn sie ihr Bündel schnüren und ihr Ehren- und Vertrauensamt würdigen Mitarbeitern überlassen.“

Das Blatt glaubt, daß es viele Ausschüßmitglieder gibt, die ihr Amt nicht in der richtigen Weise auffassen, und, daß die Arbeiterausschüsse viel zu wenig „herausgeholt“ werden. Man sieht, wie schwer es den Ausschüssen gemacht wird, auch nur ganz geringe Vorteile „herauszuholen“.

Trotz der Bestimmung, daß Mitglieder der Arbeiterausschüsse wegen ihrer Tätigkeit nicht entlassen werden dürfen, daß deren Entlassung auch nur durch die Direktion und nicht durch die Dienststellenvorsteher erfolgen darf, haben wiederholt Entlassungen von Arbeiterausschüßmitgliedern stattgefunden, allerdings wegen — zu geringer Leistungsfähigkeit oder wegen Hezerei und dergleichen. Dabei handelte es sich stets um Männer, die alle länger als zehn Jahre, sogar über 20 Jahre im Eisenbahndienst beschäftigt waren, und die bei ihren Kollegen in hoher Achtung standen. Das ist die Sicherheit der Existenz, das ist die „wohlwollende Behandlung“ der Arbeitervertreter bei der Staatseisenbahn.

Soziales.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. In zwei großen Bezirken des Stadtkreises Berlin haben am Sonntag die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung stattgefunden. Bei diesen Wahlen werden die Stimmzettel nicht gleich im Wahllokal ausgezählt, sondern sie werden im verschlossenen Kuvert an die Stadtbehörde eingekandt, deshalb werden die Resultate erst später bekannt. Von Charlottenburg liegt das Resultat noch nicht vor, da die Auszählung erst vorgenommen wird. Die Wahl in Neukölln brachte der Freien Vereinigung einen großen Erfolg; sie erhielt 57 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Es wurden insgesamt 2365 Stimmen abgegeben. Davon erhielten:

Freie Vereinigung 1335, Deutschnationale 222, Verein der Deutschen Kaufleute 187, Leipziger Verband 153, Kaufmännischer Hilfsverein 134, 58er Verband 123, Verband für weibliche Angestellte 118, Versicherungsbeamte 74, Katholiken 19.

Von der Freien Vereinigung sind gewählt 3 Vertrauensmänner und 5 Ersatzmänner, der Deutschnationale Verband erhielt 1 Vertrauensmann, während der Verein der Deutschen Kaufleute, der Leipziger Verband und der 58er Verband je einen Ersatzmann erhielten.

Weiter sind uns folgende Wahlergebnisse bekannt: In Wilmersdorf erhielt der Hauptausschuß 180, der Werkmeisterverband 85, die Freie Vereinigung 76 Stimmen. — In Glanhausen erhielt der Hauptausschuß 229, die Freie Vereinigung 89 Stimmen. — In Nordenham erhielt der Deutschnationale Verband 25, der Werkmeisterverband 14, die Fabrikbeamten 16, die Freie Vereinigung 26, eine Verangestelltervereinigung 69 und die Beamten der vereinigten Seefabwerke 33 Stimmen. Erhält auch in den letztgenannten drei Orten die Freie Vereinigung nur einige Ersatzmänner, so ist selbst dieses Wahlergebnis für die Freie Vereinigung kein schlechtes. In den großen Bezirken aber scheinen sich die Wahlen für die Freie Vereinigung in Anbetracht der unter den Privatangestellten herrschenden Organisationsverhältnisse schier unerwartet günstig zu gestalten.

Genau die „Volksfürsorge“ macht zur Abwechslung einmal der „Reichsbote“ in seiner Mittwochs-Nummer scharf. Er geißelt: „Die Ausführung dieses gewerkschaftlichen Plans muß aber auf jede Weise verhindert werden. Die freien Gewerkschaften sind ungeschickt aller wohlbedachten Abteugung ein Organ der Sozialdemokratie, welche sich immer mehr von dem übrigen wirtschaftlichen und sozialen Staatsorganismus abzuschließen, alle Brücken von Klasse zu Klasse abzubrechen und einen geschlossenen Staat im Staate zu bilden sucht. Der politischen Organisation der Partei schließen sich die wirtschaftlichen der Gewerkschaften und Konsumvereine an. Man soll die Kette durch Einfügung des sozialen Gliedes der Volksfürsorge geschlossen, der sozialdemokratische Klassenorganismus endgültig konsolidiert werden. Weichen immensen Einfluß die Partei außerdem mittelbar auf die durch ihre Hände gehenden Milliarden, deren Verwendung, sowie durch ihr dadurch unendlich vermehrtes abhängiges Beamtenheer gewinnen, welche Mittel zur Agitation und Ausbreitung frei werden würden, läßt sich leicht berechnen. Sollte wider Erwarten im Verwaltungswege auf Grund des Gesetzes betr. Aufsicht der Privatversicherungsgesellschaften die Errichtung der sozialdemokratischen Bank nicht unterbunden werden können, so wäre in dem Falle ein Einschreiten des Gesetzgebers durch das Lebensministerium des Reiches unbedingt geboten.“ Zweck der Werbung soll jedenfalls sein: Das Kaiserliche Aufsichtsamts scharf zu machen, um der Volksfürsorge die Konzession zu verjagen, Rollen abzuwarten, ob dieser Zweck erreicht wird.

Die gewerbliche Rechtsprechung im Jahre 1911. Nach den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes müssen in Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern Gewerbegerichte errichtet werden. Nach der Volkszählung vom Jahre 1910 befanden in 32 Gemeinden, die diese Einwohnerzahl überschritten hatten, kein Gewerbegericht und in 57 solcher Gemeinden kein Kaufmannsgericht. Die Zahl der Gewerbegerichte stieg von 461 auf 479 im Jahre 1911, die der Berggewerbegerichte von 8 auf 10, die der Kaufmannsgerichte von 271 auf 282; Juuungsschiedsgerichte bestanden 426. Bei den Gewerbegerichten und Berggewerbegerichten wurden 119 774 Klagen anhängig gemacht, 111 333 von Arbeitern gegen Unternehmer, 866 von Unternehmern gegen Arbeiter und 365 von Arbeitern gegen Arbeiter. Von diesen Streitfällen wurden 49 683 durch Vergleich und 267 durch Verzicht beendet. In 1266 Fällen wurde die Klageforderung anerkannt, in 12 301 Fällen wurden Verfallsurteile gefällt und

18 484 durch Endurteil erledigt. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 53 122 Klagen bis zu 20 Mk., bei 34 272 über 20—50 Mk., bei 17 973 über 50—100 Mk., 9608 waren berufungsfähige Entscheide, ihr Streitgegenstand betrug mehr als 100 Mk. Gegen 625 Entscheide wurde Berufung eingelegt. Bei den Kaufmannsgerichten wurden 25 488 Streitigkeiten anhängig gemacht. Davon wurden durch Vergleich erledigt 10 340, durch Verzicht 196, durch Anerkennung der Klageforderung 216, durch Zurücknahme der Klage 4265. Durch ein Verfallsurteil wurden 2142 Klagen erledigt, 4391 Klagen führten zu einem Endurteil, 2533 wurden auf andere Weise beendet. Der Wert des Streitgegenstandes war bei 1905 Klagen bis zu 20 Mk., bei 3287 über 20—50 Mk., bei 4778 über 50—100 Mk., bei 8817 über 100—300 Mk. und bei 4843 über 300 Mk. 592 Klagen beschränkten die Berufungsinstanz. — Die Art des Streitgegenstandes war in 2845 Fällen Aufruf, Fortsetzung und Ende des Arbeitsverhältnisses oder Aufstellung von Zeugnissen. Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis waren in 16 639 Fällen Gegenstand des Streites; in 596 Fällen mußte um Rückgabe von Zeugnissen und Legitimationspapieren geklagt werden, 5109 betrafen Schadenersatzansprüche und bei 275 Fällen war die Konkurrenzklause des Streitobjekt. Während in allen diesen Zahlen die Tätigkeit der gewerblichen Spruchinstanzen eine Steigerung zeigt, weisen die Zahlen über die Tätigkeit dieser Gerichte als Einigungsämter einen Rückgang auf. Die Gewerbegerichte waren in 365 Fällen als Einigungsamt tätig, hiervon in 151 Fällen auf Anrufung beider Teile, in 30 Fällen auf Anrufung der Unternehmer, in 184 Fällen auf Anrufung der Arbeiter. In 144 Fällen kam es zu einer Einigung, in 68 Fällen wurde ein Schiedsspruch gefällt, und in 65 Fällen war die Einigungstätigkeit der Gewerbegerichte erfolglos. — Die Kaufmannsgerichte waren 6mal als Einigungsamt tätig, einmal auf Anrufung beider Teile, fünfmal auf Anrufung der Angeklagten. Das Ergebnis war in drei Fällen eine Vereinbarung, in zwei Fällen kein Erfolg. Auch die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in der Abgabe von Gutachten und Stellung von Anträgen ging zurück. Die Arbeiterbeisitzer sollten auf die Ausnutzung dieser wichtigen sozialpolitischen Rechte hinweisen und von den Gerichten stärkere Initiative verlangen. Die Rechtsprechung über Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag ist eine für die Arbeiter sehr wichtige. Durch Weiterentwicklung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und durch die Errichtung solcher gewerblichen Spruchinstanzen an Orten, wo sie noch nicht bestehen, aber bestehen müßten, kann die arbeitende Bevölkerung ihr Arbeiterrecht nachdrücklicher wahrnehmen.

Kommunales.

Sozialdemokratischer Gemeindevahlerfolg. Bei der Gemeinderatswahl in dem Städtchen Idar (Fürstentum Birkenfeld) wurden zum erstenmal zwei Sozialdemokraten, die Genossen Dreher und Meng, neben drei bürgerlichen Vertretern gewählt.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Hunger vor dem Gerichtshof. Das Schwurgericht in Konstantz verurteilte den 62jährigen Gemeinderatner Dr. K. wegen Unterschlagung von 380 Mark Gemeindegeldern zu 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte war neben seiner Tätigkeit als Gemeinderatner noch Fleischbeschauer, Desinfektor, Leichenbeschauer, Holzhaue und Steinklopfer und bezog für alles zusammen das erbärmliche Gehalt von jährlich 400 Mark. Das reichte natürlich zum Lebensunterhalt nicht, und so verging sich Dr. K. an den Gemeindegeldern. Vor Gericht wurde konstatiert, daß der Angeklagte infolge des ständigen Hungers krank geworden sei; der geladene Bezirksarzt Dr. Staatsmann nannte ihn ein menschliches Wesen. Und das alles, weil die Gemeinde, die Dr. K. beschäftigte, den Angeklagten mit nicht viel mehr als 10 Mark pro Woche abpfeifte.

Aus Nah und Fern.

Raubmordversuch in Berlin. In einer Papierhandlung im Norden Berlins wurde ein Raubmordversuch auf eine Verkäuferin unternommen. Der Täter, der 27jährige Buchdrucker Renow aus Berlin, schlug die Verkäuferin mit einer in ein Tuch eingewickelten Eisenstange über den Kopf. Die Verkäuferin wurde schwer verletzt. Sie konnte noch um Hilfe rufen, worauf der Täter, ohne etwas zu rauben, zu entfliehen suchte. Er wurde ergriffen und verhaftet.

Rißt der Bauarbeit. In einem Neubau in Charlottenburg brach gestern morgen die Decke des obersten Stockwerkes. Sie durchschlug die übrigen Stockwerke bis in den Keller. Der Arbeiter Dummer, Vater von fünf Kindern, wurde getötet und zwei Arbeiter schwer verletzt.

Eine „Kulturtat“. Im Hofe des Bielefelder Gerichtsgefängnisses wurden gestern morgen 7 Uhr die beiden 26- und 24jährigen Brüder Alex und Anton Stadtmowitz, die wegen Mordes vom Bielefelder Schwurgericht am 23. April zum Tode verurteilt worden waren, durch den Schatzrichter Gröpler, Wagdeburg, hingerichtet. Die beiden Mörder hatten in Gemeinschaft mit dem Gelegenheitsarbeiter Wiethil im November 1911 in Herzogenbrunn den Polizeibeamten Ollermann erschossen.

Furchtbare Verzeihungstat. In Zerbst erschloß der Getreidehändler Siebert seine Frau und seine beiden Söhne im Alter von 8 und 9 Jahren und dann sich selbst. Der Grund der Tat ist unglückliche Geschäftsfrage.

Selbstmord von Mutter und Tochter. In Neuhof hat sich gestern eine Familientragödie abgespielt. Dort vergiftete sich die 45jährige Haushälterin eines Speisewirtes zusammen mit ihrer 20jährigen epileptischen Tochter aus Furcht vor weiteren Anfällen des Wahnsinns durch Einatmen von Leuchtgas.

Familiendrama. In Erbeborn bei Eisleben ist der Strafenmeister Würzburg in seiner Wohnung erschossen aufgefunden worden. Im Hausflur fand man die Ehefrau des Toten mit einer schweren Wunde am Kopfe; die Frau starb nachmittags. Würzburg hatte infolge ehelicher Zwistigkeiten seine Frau erschlagen und darauf Selbstmord verübt.

Krieg im Frieden. Der junge Landwirt Schüßberg aus Udenhausen bei Kassel, der bei dem Königs-Mannen-Regiment Nr. 13 in Hannover stand, stürzte beim Übungsreiten auf dem Exerzierplatz so unglücklich, daß er einen tödlichen Schädelbruch erlitt und nach kurzer Zeit starb.

Durchsahrt von Kriegsmaterial auf einer eisernen Bahnstation. Auf der Station St. Ludwig im Elsaß, dicht an der Schweizer Grenze, verkehren seit einigen Tagen täglich Materialzüge für den Balkankrieg. Die Wagen enthalten in der Hauptsache das gefährliche sogen. B-Pulver. Der Transport wird auch recht geheimnisvoll bewerkstelligt. Die Bahnbeamten erklären, daß die Pulverzüge zunächst an die schweizerische Grenze gehen.

Noch gut abgegangen. Beim Bau der Untergrundbahn in Christiania ist eine Straße unter der Straße nahe dem Endpunkt eines Tunnels eingestürzt. Ein Straßenbahnwagen, der die Stelle passierte, blieb über dem gähnen-

den Abgrund in der Schwärze. Wie durch ein Wunder sind alle Fahrgäste sowie der Schaffner und der Führer unverletzt geblieben.

Ein Dokument deutscher Kultur. Der „Frankfurter Volksstimme“ ist von einem armen lungenkranken Arbeiter folgender Brief zugesandt worden:

An Herrn Georg Dennstädt,
3. St. im katholischen Krankenhaus in Neunkirchen
Kreis Wittweiler, Bezirk Trier.

Neuenreuth, am 14. Juni 1912.

Lieber Dennstädt! Auf Deinen am gestrigen hier eingelaufenen Brief will ich Dir folgende Antwort zukommen lassen:

1) daß Du im Krankenhaus zu Neunkirchen daneben liegt, ist uns keine Nachricht zugegangen, denn überhaupt muß ein bayerischer Angehöriger in deutschen Staaten vorerst 6 Monate lang von der zuständigen Provinz unentgeltlich gepflegt werden, erst dann muß die Heimatgemeinde eintreten.

2) Wenn Du bei einem Arbeitgeber in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden bist, so hat die zuständige Krankenkasse Dich ebenso 6 Monate zu unterhalten; erst nach Ablauf dieser Zeit müßte dann die betreffende Versicherungsanstalt einzutreten haben, in

diesem Fall mußt Du aber mindestens 200 geklebte Marken bezw. Krankheitsbescheinigungen aufweisen können.

3) Auf jeden Fall ist es für Dich und uns viel besser, wenn Du dort das halbe Jahr in Behandlung bleibst, denn bei uns würdest Du unbedingt vor Ablauf der 6 Monate keine Aufnahme finden. Es wäre für beide Teile am vortheilhaftesten, wenn Du die bayerische Grenze nicht mehr betreten und Deine Heimat verachten würdest.

4) Fühlst Du wirklich, daß Du im Laufe des Sommers sterben müßt, so kann es Dir gleich sein, hier oder dort, was wirklich das Beste wäre. Warum dann nicht zur Mutter reisen und sich pflegen lassen? Bei uns würdest Du doch auch nur eine Verpflegung zu erwarten haben, wie sie Du der Gemeinde gegenüber verdient hast. Also bleibe solange es möglich, auswärts oder sterbe in Gottesnamen.

Grüß!
Chr. Mertel, Bürgermeister.

Dieser mit dem amtlichen Stempel versehene Brief wirkt wohl am besten ohne Kommentar. Der Mann, dem da in so unchristlicher, brutaler Form von dem christlichen Bürgermeister seiner Heimatgemeinde das Leben abgesprochen wurde, hat nach einer der „Volksstimme“ vorgelegten Bestätigung später vom 20. August bis 25. August 1912 im Krankenhaus zu Hamelburg gelegen, er ist von dort „wegen

Tuberkulosis behandelt und als ungeheilt entlassen“ worden. Er lebt zurzeit in dem heillosen Dorfe Wittel bei Frankfurt a. M., wo er sich kümmerlich mit leichter Gelegenheitsarbeit ernährt.

Ein mysteriöser Selbstmord. Der Kommandant der russischen kaiserlichen Jacht „Standart“, Kontreadmiral Tschagin, erschöß sich in seiner Stadtwohnung in Petersburg. — Es wird in Wien die Vermutung ausgesprochen, daß der Selbstmord des Admirals des „Standart“ mit den Meutereien im Schwarzen Meer zusammenhängt. Es soll die Absicht bestanden haben, die Jacht des Zaren zu entführen. Man vermutet auch, daß Matrosen des „Standart“ an der Meuterei mit beteiligt sind.

Literarisches.

Gingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 4.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Mittwoch nachmittag 2 1/2 Uhr starb plötzlich und unerwartet meine kleine süße Käthe im zarten Alter von 9 Monaten. Tief betrauert von mir, Geschwistern und Großeltern. 4443

Frau M. Singelmann Wwe.
nebst Geschwistern.

Beerdigung den 26. Okt., nachm. 3 Uhr, vom Vorwerker Friedhofe.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen allen, sowie seinem Meister, Kollegen und dem Fabrikarbeiterverband unsern herzlichsten Dank. 4425

Familie Karberg.

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Dornestr. 43 a, II.

Einige Zentner Torfmull

billig zu verkaufen. 4439 Enaelsgrube 72.

15 gr. Hennen-Eißen zu verkaufen. 4433

Trögestraße 11.

Sonnabend und Sonntag stehen Ferkel zum Verkauf. 4438

Krögers Gasthof, Schwartau.

Zum Waisinger Markt steht v. Sonnabend, den 26., eine große Partie Ferkel in Heuers Gasthof, Waisinger, billig zum Verkauf. 4423

Gefunden ein Kinderboa

in der Tonh. a. Sonnt. (Fünfhaus.) 4426

Abz. Rüh. Rüh. 20.

Als Friseurin empfiehlt sich

Marta Bieninda

4434 jetzt Fischergrube 23.

Geschmackvolle Frisur . . . 40 Pfg.

Amerik. Kopw. m. Frisur 75 "

Getrocknete Früchte.

Bacobs, gemischt . . . Pfund 10,4

Birische . . . 11 "

Aprikosen . . . Pfund 50 u. 60 "

Birneisen . . . Pfund 70 "

Ringäpfel . . . 11 "

Birnen mit Schale . . . 30 "

Birnen ohne Schale . . . 44 "

Pflaumen . . . Pfund 30 u. 40 "

do. 5 Pfund 140 u. 190 "

Rosinen ohne Steine Pfund 48 "

Korinthen . . . 38 "

Eduard Speck,

Hügstraße 80 u. 82. (4460)

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

(100) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

siehe rote Lubeca-Rabattmarken.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgeliefert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeschäft Fischergr. 52. (180)

Elegante Herren - Anzüge
Winter - Paletots, Ulster etc.
Damen- und Kinder-Konfektion
Manufaktur-Waren etc.

Teilzahlung

in kleinen wöchentlichen od. monatl. Raten gestattet.

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33, I. Etage. (4453)



Achtung!

Habe 2 fette Luncen geschlachtet u. empfehle:

- Ra. Suppenfleisch 75 u. 80,3
- Bratenstücke 85
- Kollfleisch 100
- Beefsteak 120
- Schweinefl. (Braten) 90
- Kalbsteisch 65 u. 70
- Keule 75 u. 80
- Hammelfleisch 80 u. 85
- Gefochte u. Leberwurst 90
- Sülze 80, Blutwurst 70
- Kohlwurst 80, Kopffleisch 40

Hermann Atmer,
Königstraße 48 b. (4452)

Wäsche-Artikel.

- Toilette-Seife . . . 3 St. 25,4
- Parie Seife 26, 30 u. 38
- Schmierseife Pfd. 22 u. 19
- 3 Pfund Soda . . . 10
- Bleichsoda . . . Pfd. 10
- Waschpulver . . . Pfd. 20
- Stärke . . . 30
- 3 Ventel Blau . . . 10
- Ragoda-Waschpulver 55
- Waschpulver . . . Stück 48
- Waschseife . . . Stück 30

Eduard Speck,
Hügstraße 80 u. 82. (4459)

Billig! Käse! Billig!

Schöne fette Tilsiter 55 u. 65 Pfg.
Vollfette Tilsiter . . . 80 u. 85 Pfg.
Feine Rahmkäse . . . 95 Pfg.

Fleischhauerstr. 48. 4463

Holsten-Meierei

Wickedestraße 44

2025) Fernruf 2336

empfiehlt täglich frische

ff. Meierei-Butter, Schlag- u.

Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkäse. Spezialität: Kochkäse.



ist Ihnen sicher, wenn Sie einen tadellosen

Sprech-Apparat

besitzen.

Teilzahlungen gestattet, ohne Preisanschlag.

Großes Lager in Schallplatten und Nadeln für Grammophone.

Musikhaus Rohwedder

49 Huxstraße 49

Deutscher

Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

am Sonnabend, d. 26. d. Mts.

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Bewilligung von Geldern aus der

Lotalkasse.

2. Kartellbericht.

3. Abrechnung vom humoristischen Abend.

4. Innere Verbandsangelegenheiten.

5. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung. 4462)

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an

liefert

Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

Johannisstraße 46.

Gasthof „Fürst Blücher“

Ratekau.
Großes Gänse-Verschießen

am Sonntag, dem 27. Oktober
wozu freundlichst einladet

4429) B. Balk.

Arbeiter-Turn-Verein

„Schlusstun“

Einladung zum Ball

mit turnerischen Aufführungen
am Sonntag, 27. Oktober 1912,

im Lokale des Herrn Vetter,
„Gasthof zur Post“.

Anfang des Balles 8 Uhr.
Ende 2 Uhr.

Karten für Mitglieder 50 Pfg.
Nichtmitglieder 80 Pfg., eine Dame frei.

Die unliegenden Bundesvereine
sind hiermit freundlichst eingeladen.

4447) Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
„Frei weg“, Seeretz.

Unser diesjähriges
Herbst - Vergnügen
findet am 3. November 1912
bei Herrn B. Wendt, Gasthof
zur Börse statt
Der Vorstand. 4427)

Restaurant Hamburger Hof Schwartau.

Sonnabend und Sonntag:
Gr. humor. Gesangs-Konzert

ausgeführt v. den Oper-Quettisten
Knüpsler — Steinmann.

Eintritt frei.
Hierzu ladet ein

4448) A. Lau.

Gesangverein „Lyra“

Einladung zum
6. Stiftungsfest

bestehend in Gesang, Theater-
aufführung und Ball

am Sonntag, dem 27. Oktober
in der Stadthalle

(weißer Saal).
Anfang präzise 7 Uhr.

Herrenkarte Vorverkauf 60 Pf.
Abendkasse 80 "

4424) Das Komitee.

Neues Stadttheater.

Sonnabend, den 26. Oktober 1912:
35. Vorst. i. Voll-Ab. Auß. Sonnab.-A.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
König Richard III.

von W. Schafpeare. (4430
Kleine Preise.

Sonntag, den 27. Oktober 1912:
Nachm. 3 Uhr. Außer Abonnement.
Ein Sommernachtstraum.

Musik von Mendelssohn.
Kleine Preise. Ende nach 5 1/2 Uhr.
Abends 7 1/2 Uhr. 36. Voll-Ab.
Ende 10 1/2 Uhr.
2. Gastspiel des Kgl. dan. Kammer-
sängers Wilhelm Herold
v. Kgl. National-Theat., Kopenhagen
Cavalleria rusticana v. Mascagni
u. Der Bajazzo von Leoncavallo.
Turiddu und Canio
Wilhelm Gerold a. G.
Erhöhte Preise.



Extra billige Verkaufstage für den Herbst- und Winterbedarf

Zu diesem Zweck haben wir aus allen Abteilungen Waren zu besonders billigen Preisen zusammengestellt; ebenso haben wir Fabrikanten für die Arbeitertage interessiert, welche uns Waren sehr billig verkauft haben.

Die Arbeitertage beginnen am Sonnabend und dauern ca. 10 Tage.

Unterröcke

- Unterrock Halbtuch mit Tressen 1⁹⁵
3.50 2.45
- Unterrock pr. Halbtuch, beste Ausstattung 4⁹⁰
5.75
- Elegante Unterröcke in rein. Wolle, Moiree u. Seide 7⁵⁰
13.50, 9.80
- Anstandsrocke gestrichelt von 1⁶⁵
an
- Anstandsrocke aus pr. gestreift. Velourbarchent 1⁴⁸
2.55, 1.65

Unterzeuge

- Normal-Hemde für Herren, Schulter- u. Vorderschl. 1²⁵
2.20 1.65
- Normal-Hosen für Herren aus bestem Material 1¹⁰
1.95 1.45
- Damen-Normaljacken mit ganzen u. halben Ärmeln 1¹⁰
1.48 1.25
- Damen-Zephirjacken 98⁴
1.25
- Schwere Untertaillen mit angewebtem Futter 85⁴
an
- Spezialität:
Reform-Beinkleider a. Normalstoff u. blau Kammg. 1⁹⁵
5.45 3.80 2.35

Kleiderstoffe

- Einfarbige Stoffe in versch. Webarten 95⁴
3.50 bis
- Gestreifte Kammgarnstoffe in schwarz und blau 1²⁵
1.95 bis
- Kostümstoffe 140 cm breit, halbschw., neue br. Töne 2²⁰
8.50 bis
- Schwarze Stoffe in besten erprobten Qualitäten 1²⁵
5.50 bis
- Baumwoll. Kleiderstoffe vorz. bewährte Qualität 48⁴
65 58
- Loden und Halbtuche für Winterkleider 55⁴
90 75

Blusenstoffe

- Gestreifte Popeline in großer Farbauswahl 95⁴
Meter
- Bordürenstoffe neue Farbestellungen 1³⁵
2.75 bis
- Changeant-Streifen Saison-Neuheit 1⁷⁵
2.25
- Blusen-Flanelle reine Wolle für Hemdblusen 2²⁰
2
- Baumwoll. Blusenflanelle geschmackvolle Streifen 95⁴
95
- Blusen-Seide gestreift und Changeant 1²⁵
Meter

Gardinen etc. Decken

- Gardinen, volle Breite, weiß und elfenbein 28⁴
75 60 42
- Scheibengardinen Meter 58 45 38⁴
- Gardinen, abgepaßt, pro Fenster 4.90 3.75 2⁹⁵
- Zug-Rouleaus, weiß und crème 4.20 3.30 2.95 2²⁵
- Tuch-Portièren, bekurbelt, rot und grün ganze Garnitur 5.50 jetzt 4²⁵
- Bettvorleger, in Perser und Axminster 1.85 1.35 95⁴
- Weißer Betttücher in Barchent mit Kanten 88 72 48⁴
- Weißer Betttücher, prima Qualität 2.40 2.10 1⁶⁵
- Calumac-Decken mit Kante 1.15 1.15 95⁴
- Wollene Schlafdecken mit Normalkante 4.90 3.35 2⁹⁵
- Wachstuch prima Qualität 85 cm 100 cm 1⁶⁵ 1³⁵ 1⁸⁵ 1⁶⁵
- Linoleumläufer pro Meter 1.25 95 88⁴

Damen-Konfektion

- Damen-Paletots engl. Art i. all. Gr. 13.50 11.80 8.75
- Damen-Ulster off. u. geschl. z. trag. 29.00 24.00 19.50
- Schwarze Frauen-Paletots lang 19.50 16.80
- Schwarze Frauen-Hänger 16.50 14.80
- Golfjacken kleidsame Fassons 10.80 8.90
- Blaue Damen-Kostüme Kammgarn 29.00 24.00 19.50

Blusen

- Ca. 200 Stück Blusen in hübschen hellen und dunklen Mustern und warmen Stoffen 2.50 2.25 1.75 1.38
- Woll-Blusen auf Futter mit Passe 4.80 3.90
- Seiden- und Tüll-Blusen 6.70 5.80 4.50 3.95
- Schwarze Chev.-Bluse auf Futter 6.50 5.90 4.95

Kostümröcke

- Kostümröcke aus englisch. gemustertem Stoff, mit Presse 5.25 3.90 2.45
- Kostümröcke blau, schwarz u. farbig 7.80 6.90
- Satin-Röcke mit modernem Besatz, auch für starke Damen 15.25 10.80 7.50

Herren-Garderoben

- 1 Posten Anzüge, hübsche Dessins, mod. verarbeitet, Extra-Preis f. die Arbeitstage 14⁵⁰
- 1 Posten Anzüge, prima Stoffe, in engl. Art, Ersatz für Maßarbeit 32.75 26.50 19⁵⁰
- Herren-Hosen für die Arbeit, durable gute Stoffe 3.75 2.65 2²⁵
- Herren-Paletots, solide graue Stoffe mit Sammetkragen 26.00 19.50 14⁵⁰
- Herren-Ulster, moderne Stoffe, engl. Art 1- und 2reihig 36.00 28.50 23⁵⁰
- Loden-Joppen, feste gute Stoffe, warm gefüttert, m. Mufttaschen 16.80 12.50 8⁹⁰
- Knaben-Schul-Anzüge aus Zwirnstoff in Norfolkform u. aus blauem Kammgarn von 3⁹⁵
an
- Herren-Jagdwesten, braun 3.80 2.95 1⁹⁵

Blaue Maschinisten-Anzüge:

- Ueberzieh-Hosen, haltbare Stoffe von 1.48
- Ueberzieh-Jacken, gut verarbeitet von 1.95

Berufs-Kleidung in Spezial-Abteilung, vor-schriftsmäßig verarbeitet.

Schürzen

- Blusenschürzen hübsch besetzt 2.25 1.35 95⁴
- Blusenschürzen prima Wiener Leinen m. Schöß 3⁴⁵
- Kleiderschürzen 2.15 1⁷⁵
- Tändelschürzen mit Träger 1.35 95⁴
- Hauschürzen mit Volant 1¹⁰

Damen-Wäsche

- Damen-Hemden m. Spitzen u. Langueffen u. Madeirapasse 1³⁸
1.75
- Ausstattungs-Hemden mit Stickerei-Hohlsaum u. Bänd-durchzug 3.50 2.70 1⁷⁵
- Beinkleider mit Stickerei-Volant oder Langueffe 1.85 1²⁵
- Beinkleider mit Stickerei-Ein- u. Ansätzen oder mit imit. Hand-Langueffe 2.75 1⁸⁵
- Untertaillen mit Stickerei oder imit. Klöppel-Zwischensätzen von 68⁴
an

Fertige Betten

Bett 1	Bett 2	Bett 3
13.95	22.95	28.25
Extra-Angebot		
Bett „Hansa“ 35⁵⁰		
Bett 4	Bett 5	Bett 6
39.80	49.25	59.80

Fertige Bettwäsche

- Betttücher Hausmacher-Leinen 2⁹⁵
- Bettbezüge # Züchen 2.45 1⁹⁵
- Bettbezüge weiß Satin 3.45 2⁷⁵
- Kissenbezüge weiß gebogt 1.35 98⁴
- Kissenbezüge mit Einsatz 1.95 1⁴⁵

Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Markmann & Meyer

Breite Straße 44-46.

Das Zentrum und der Wucher.

Einer der schärfsten Vorwürfe, die der Sozialdemokratie jemals gemacht worden sind, ist der, daß sie für die Wuchergesetze gestimmt habe.

Schon der damalige Staatssekretär v. Posadowsky mußte in einer Reichstagsitzung vom 13. Dezember 1897 zugeben, daß er sich geirrt habe, als er der Sozialdemokratie den Vorwurf machte, sie habe für die Wuchergesetze gestimmt. Nach dem amtlichen Protokoll sagte Posadowsky damals: „Nachdem ich eine Anzahl Zitate aus den Hülleschen Schriften in den Zeitungen gelesen habe, — Hülle, bekannter Lügenpastor! D. R. — habe ich mir allerdings gesagt, daß einzelne Behauptungen darin sind, die ich für tatsächlich unrichtig halte, wie z. B. die Behauptung, die Sozialdemokratie habe den Wucher begünstigt. Das ist eine Behauptung, die absolut nicht aufrecht zu erhalten ist.“

Trotz dieser Feststellung nicht nur von einer prominenten Stelle, sondern auch durch einen Mann, der dem Zentrum stets besonders nahe stand, tauchte immer und immer wieder gerade in der Zentrumspreße die infame Lüge von der Unterstützung des Wuchers durch die Sozialdemokratie auf. Sogar bei der letzten Reichstagswahl im Januar 1912 mußte das verschiedentlich festgenagelt werden.

Wie es das Zentrum und seine führenden Organe mit ihrem Ernst gegen den Wucher in Wirklichkeit meinen, davon zeugt die folgende Annonce, die wir morgigetreu aus der Nummer 920 der *Rölnischen Volkszeitung* (!) vom 21. Oktober 1912 entnehmen. Sie lautet:

Für hochstehende Persönlichkeit sofort 11000 Mark zu leihen gesucht.

Nach Sachlage können dabei 3000 Mk. in drei Monaten verdient werden.

Risiko ausgeschlossen. Diskretion Bedingung. Nur Selbstgeber wollen schreiben unter F S B 9912 an Rud. Wosse, Stuttgart.

Dreitausend Mark für ein viertel Jahr an Zinsen bei einer Leihsumme von 11000 Mk. Das sind rund und nett — über 100 Proz. Zinsen, das ist durch das Gesetz verbotener Wucher!

Die Sozialdemokratie hat für die Wuchergesetze gestimmt. Das Zentrum natürlich auch. Trotzdem hat es immer und immer wieder gerade das Zentrum, welches jetzt praktisch dem Wucher zu seinen Verdiensten hilft, noch dazu im vornehmsten und verbreitetsten Zentrumsorgan, für richtig gehalten, so schamlos zu sein und über die Sozialdemokratie Lügen zu verbreiten.

Das ist das Zentrum wie es lebt und lebt!

Aus der Partei.

Stuttgarter Kandidatenaufstellung. Aus Stuttgart wird berichtet: In Württemberg finden am 16. November die Landtagswahlen statt. Die übergroße Mehrheit der Bezirke hat bereits die Kandidaten nominiert. In Stuttgart wurden die Kandidaten durch Abstimmung gewählt. Diese fand in den einzelnen Bezirken am Freitag und Sonnabend statt. Beide Richtungen in der Partei hatten eine geschlossene Liste. Nach dem vorläufigen Ergebnis haben mehr als 4000 Ge-

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(Schluß.)

Was er schrieb, war der völlige Abbdruck seines Innern. Er schilderte mit kurzen Worten seinen früheren Seelenkampf, der ihn zu einem Verlassen des Geschäfts gedrängt, bis Harriets Dazwischenkunft Hoffnungen in ihm geweckt, deren Erfüllung bisher als einfache Unmöglichkeit vor ihm gestanden; er erzählte von dem inneren Glück, welches ihm seitdem durch das engere Zusammenleben mit der Familie erblüht und daß er wohl noch lange keinen weiteren Schritt zu einer Aenderung dieser Verhältnisse gewagt hätte, wenn nicht Johns Brief, welchen er beilegte, ihn zum Handeln getrieben. Er bekannte, daß soeben eine Verständigung zwischen ihm und Margaret stattgefunden, daß er aber nicht vermöge, ruhig zu sein, ohne seinem väterlichen Freunde die volle Sachlage eröffnen zu haben. Er sprach keine Bitte aus, äußerte keine Hoffnung, der Brief war nichts als ein vertrauensvolles Bekenntnis, und so, als er ihn noch einmal durchlesen, schloß er ihn mit einem tiefen Atemzuge und sandte ihn durch einen der Portiers nach Frosts Hause. Es war bereits halb vier Uhr geworden, als er geendigt; aber er wußte, daß Mr. Frost vor vier nie seine Wohnung verließ.

Und nun folgte eine Stunde „Hangens und Bangens in schwebender Pein.“ Bald wollte ihm der rasch getane Schritt als die größte Übereilung seines ganzen Lebens erscheinen, bald traten ihm wieder Frosts wohlwollende Züge vor die Augen, und er suchte sich zu vergegenwärtigen, welchen Ausblick sie wohl beim Lesen seines Briefes annehmen würden, bald überredete er sich selbst, daß es in der Lage, in welcher er sich befand, kaum einen andern Weg als den eingeschlagenen für ihn hätte geben können. Es war halb fünf Uhr geworden, ohne daß er zu einem Striche an seinen Arbeiten gekommen wäre; mit jeder weiteren Minute aber begann mehr eine stille Bangigkeit über Frosts verzögerte Ankunft sich seiner zu bemächtigen, und doch, wenn er sich ihn eintretend dachte, hätte er die Entscheidung gern noch weiter hinausgeschoben.

Da öffnete sich plötzlich, ohne daß er ein vorheriges Geräusch vernommen, die Tür; ernst trat der alte Herr herein, Reichardt! hindurch. — Der Angeredete aber hätte nicht zu sagen vermocht, ob die Worte kurz oder freundlich gewesen waren. Nur einige Sekunden gebrauchend, um mit einem kräftigen tiefen Atemzuge seine Brust zu er-

nennen an der Urwahl teilgenommen. Vorge schlagen waren insgesamt 13 Genossen. Sechs waren zu wählen. Das mit fieberhafter Spannung erwartete Resultat ist folgendes: Westmeyer 2916, Dr. Lindemann 2525, Engelhardt 2314, Manz 2166, Uster 2081, Schimmel 2018. Die sechs Genossen sind somit als Kandidaten für Groß-Stuttgart aufgestellt. Von den bisherigen Abgeordneten steht Heymann mit 1878 an vierter und Reichel, zweiter Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, mit 1610 Stimmen an neunter Stelle.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik in den Wärslebener Papierfabriken dauert nunmehr bei der Firma H. C. Besthorn 5 Wochen und bei den Firmen Gerson und Hoppe & Unger 4 Wochen. Obgleich es sich vorwiegend um Arbeiterinnen handelt, ist der Zusammenhalt der Streikenden ein guter. Der Streik gewinnt infolgedessen mehr und mehr an Ausdehnung, als immer mehr Heimarbeiterinnen die Arbeit einstellen. Da sich eine große Zahl der streikenden Heimarbeiterinnen nicht zur Einzeichnung in die Streiklisten meldet, und auf Streikunterstützung verzichtet, ist deren Zahl nicht genau festzustellen, doch beträgt die Zahl der Streikenden insgesamt zirka 600. Die Firma H. C. Besthorn hat ihren Reisenden aufgegeben, ihren Abnehmern mitzuteilen, die Differenzen seien beigelegt. Tatsächlich bestehen sie noch weiter und wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Sonderbare bürgermeisterliche Streitvermittlung. Während des Teppichweberstreiks in Delsnik i. W. haben die Streikenden wiederholt Versuche unternommen, um durch Verhandlungen eine Verständigung mit dem Unternehmer herbeizuführen. Da diese Versuche fehlschlugen, haben sie sich an den Bürgermeister Dr. Schanz gewandt, um von ihm eine Vermittlung zu erlangen. Zwar übernahm der Herr Bürgermeister auch die Vermittlung, aber die Art, wie er sich dieser Pflicht unterzog, war nicht geeignet, die Gegensätze auszugleichen, sondern sie mußte eine Verschärfung des Kampfes hervorrufen. Den beiden Arbeitervertretern gegenüber, die den Bürgermeister um die Vermittlung baten, äußerte er, daß er die Lohnlisten der Weber eingesehen und daraus erkannt habe, daß die Löhne ausreichend wären. Die Verhandlungen selbst hat dann Herr Schanz in derselben parteiischen Weise geführt. Die Lohnfrage hat bei der ganzen Verhandlung eine recht untergeordnete Rolle gespielt. Herr Bürgermeister Dr. Schanz glaubte sich als Vermittler am besten dadurch einzuführen, daß er der Arbeiterkommission Vorlesungen über angeblich unwahre Behauptungen des sächsischen Volksblattes hielt. Und seine Auffassung über die Berechtigung des Streiks faßte er dahin zusammen, indem er den Streik für eine sozialdemokratische Machtprobe erklärte. Die Löhne seien seit 16 Jahren immer gestiegen. Er könne deshalb garnicht begreifen, wie die Arbeiter für einen Verband nach Berlin Beiträge bezahlen könnten. Das Geld könnte auch in Delsnik viel besser angelegt werden. Und er fragte die Kommission: Glauben Sie, die Herren Arbeitgeber können etwas verlieren durch den Streik? Niemals! Nur die Arbeiter sind die Geschädigten. Im weiteren verwies Dr. Schanz noch darauf, daß die Stadtbehörde streng darauf achten werde, daß Ausschreitungen und Belästigungen Arbeitswilliger nicht stattfinden würden. Die Unternehmer haben selbstverständlich nach solcher Verhandlung den Arbeitern erklärt, daß sie keine Lohnerhöhungen gewähren würden. Dr. Schanz hat als Bürgermeister seiner Gemeinde einen schlechten Dienst erwiesen und recht sonderbare Aufstellungen über die den Gewerbetreibenden und Bürgermeistern zugewiesene einigungsamtliche Tätigkeit behauptet. Die Arbeiterschaft wird sich aber in aller Zukunft für die Dienste eines Dr. Schanz bedanken. Bemerkenswert ist noch, daß der Hinweis auf die strenge Aufrechterhaltung der Ruhe völlig unnötig ist, denn die nach Delsnik beorderten Gendarmen mußten wegen Mangel an Arbeit wieder abberufen werden.

weiter und seinen ganzen Mut zusammenzuraffen, folgte Reichardt.

Frost hatte sich auf einen der Divans geworfen und deutete mit einem: „Setzen Sie sich einmal hierher, lieber Freund!“ auf einen bereits herbeigezogenen Stuhl. Wie sich einen Moment sammelnd, blickte er vor sich nieder, Reichardt aber meinte während dieser Pause sein eigenes Herz schlagen zu hören.

„Sie haben mir einen Brief gefandt,“ begann endlich der erstere aufsehend, „und ich muß Ihnen sagen, daß vieles des darin Enthaltene mir nicht ganz unbekannt war, wenn ich auch kaum einen so raschen Schritt wie Ihren heutigen von Ihnen erwartete. Wie alt sind Sie denn wohl, Sir?“

„Einundzwanzig Jahr geworden!“ erwiderte der Deutsche halblaut.

„Very well, und Margaret ist erst siebzehn,“ nickte Frost; „ich gestehe Ihnen aber, daß ich die allzufrühen Heiraten nicht liebe, wenn ich auch Ihrer geistigen Reife gern vollen Kredit gebe. Selbst John hat noch Zeit, besonders da durch die Ueberredelung von Harriets Vater jede Notwendigkeit für eine beidseitige Vereinigung der jungen Leute wegfällt, und ich werde ihm noch heute meine Ansicht darüber mitteilen. Zudem,“ fuhr er nach kurzem Schweigen fort, „währenddem langsam die Farbe in Reichardts Waden gewichen war, „will ich gern diese Gelegenheit wahrnehmen, um Ihnen offen meine Ansichten und Wünsche in bezug auf Sie mitzuteilen, so wenig ich auch daran dachte, daß dies jetzt schon geschehen solle. Sie sind mir lieb, Reichardt, ich habe Vertrauen zu Ihrem Charakter und Ihrer eigentümlich gebildeten Natur, und ich habe mir gesagt, daß Sie einmal für John, sobald dieser das Geschäft übernehme, eine notwendige Ergänzung bilden würden, während einige Mängel Ihrerseits, wenigstens Mängel für unser Amerika, die gerade aus Ihren besten Eigenschaften entspringen, durch John paralytisch werden müßten. Ich habe mir ferner gesagt, als ich die erste Ahnung von Ihrer Neigung zu Margaret erhielt, daß es ein reiner Gewinn sei, wenn deren mütterliches Vermögen für das Geschäft durch Sie erhalten bliebe, und so gesteht Ihnen der Kaufmann, daß Ihre Wünsche mit dem natürlichsten Interesse meinerseits zusammentrafen, denen ich als Mensch, der ich selbst meine Karriere vom armen Clerik aus gemacht habe, kaum etwas entgegen zu setzen gehabt hätte. Aber Sie sind noch in einem Alter, Reichardt, in welchem sich, so viel ich auch von Ihnen hoffe, niemals eine bestimmte Garantie für eine Neigung geben läßt, und Margaret soll ebenfalls erst noch die Welt sehen und sich prüfen; ich will jetzt nicht störend in ein Verhältnis greifen, daß sich einmal entsponnen hat, in dessen lassen Sie vorläufig ein Jahr oder

Ein Verzeichnis gewerkschaftlicher Literatur. Zur vierten Ausgabe des Verzeichnisses der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur, im Auftrage der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands bearbeitet von Johannes Sassenbach, Kommissionsverlag Buchhandlung Vorwärts-Berlin (213 Seiten 60 Pfg.), ist soeben ein 137 Seiten starker Nachtrag herausgekommen. Dieser Nachtrag ist ebenfalls im Verlage der Vorwärts-Buchhandlung erschienen und kann zum Preise von 40 Pfg. durch jede Buchhandlung bezogen werden. Der Nachtrag enthält zunächst die seit Erscheinen der vierten Ausgabe des Verzeichnisses im August 1910 herausgekommenen neuen Bücher gewerkschaftlichen Inhalts. Dann sind die früher vorhandenen Büden bezüglich älterer gewerkschaftlicher Literatur so viel wie möglich ausgefüllt worden. Zu den bereits bisher für das Verzeichnis durchgearbeiteten 29 Zeitungen und Zeitschriften sind neu hinzugekommen: Die Arbeiterrechtsbeilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission, die in diesem Jahre neu gegründet wurde, dann die „Gleichheit“ seit 1891, die österreichische Zeitschrift „Der Kampf“ seit 1907 und der „Vorwärts“ seit 1884. Dem Nachtrag ist ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und ein 34 Spalten umfassendes Autoren-Verzeichnis beigelegt. Beide, sowohl Inhaltsverzeichnis wie Autoren-Verzeichnis, weisen gleichzeitig auf den Inhalt der vierten Ausgabe und des Nachtrags hin, so daß diese beiden als ein einheitliches Ganzes benutzt werden können. Wer sich in der gewerkschaftlichen Literatur schnell zurechtfinden will, dem sei die fleißige Arbeit des Genossen Sassenbach bestens empfohlen. Für Bibliotheken erscheint die Anschaffung des Verzeichnisses absolut notwendig.

Aus Nah und Fern.

Der gemäßigete Mediziner. Die aufsehenerregende Entlassung eines sozialdemokratischen Medizinalpraktikanten durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt für Schlesien, Freiherrn von Rüdthofen, kam am Dienstag in Breslau vor dem Landgericht als zweiter Instanz zur Verhandlung. Das Amtsgericht hatte seinerzeit entschieden, daß eine abweichende politische Meinung, also auch eine sozialdemokratische, die in gesellschaftlich anständigen Formen vertreten wird, kein Grund zur sofortigen Entlassung durch eine Behörde sei, da ja der Medizinalpraktikant keine Beamtenstellung bekleide. Die Landesversicherungsanstalt wurde deshalb auch zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt. Sie legte Berufung ein und ihr Vertreter wollte jetzt dem angeblichen Sozialdemokraten sogar anarchoide Tendenzen unterstehen, da er sich ja für eine Verhinderung der Mobilmachung durch Generalfreie erklärt habe. Herr Sagelberg, der Gemäßigete, vertritt dagegen die Ansicht, daß seine politische Gesinnung den Vorstand der Landesversicherungsanstalt garnichts angehe und erst recht kein Grund zur sofortigen Entlassung bilden könne. — Das Landgericht wies die Berufung des Freiherrn von Rüdthofen zurück und verurteilte den Vorstand der Landesversicherungsanstalt, über die Entschädigungssumme hinaus, die das Amtsgericht festgesetzt hatte, dem zu Unrecht gemäßigeten Mediziner noch 25 Mk. ausbezahlen.

Geisenerfurcht bei der Braunschweiger Polizei. Die einfachen Veranstaltungen der organisierten Arbeiter bringen die Polizei anscheinend derart in Aufregung, daß sie in ihnen, wie Buttamer während der Zeit des Sozialistengesetzes, überall die Hydra der Revolution ihr Haupt erheben sehen. So hatte das Gewerkschaftskartell in Braunschweig für Sonnabend, den 19. September, eine Rekrutenabschiedsfeier geplant. Das hat die Polizei mächtig in Aufregung versetzt, wie folgender Tagesbefehl zeigt, den unser Braunschweiger Parteiblatt zu veröffentlichen in der Lage ist: Befehle der Abt. . . . vom 19. September 1912.

Am Sonnabend, dem 19. September dieses Jahres, findet abends 8 Uhr im Konzerthause eine Rekrutenabschiedsfeier der Gewerkschaften statt. Jeder Bezirk kommandiert dem B.D.W.

länger verstreichen, ehe Sie mir wieder einen Brief, ähnlich dem heutigen, schreiben.“

Mit jedem Worte des Sprechenden war die Farbe mehr in Reichardts Gesicht zurückgekehrt, seine Augen glänzten auf und wurden größer, zwischen ihnen in dessen stand eine sichtlich peinliche Spannung auf das „aber“ des Schlusssatzes, das nicht ausbleiben konnte. Es kam, und kaum hatte er den Sinn desselben ergründet, als er auch aufsprang und mit beiden Händen die Rechte des alten Herrn faßte. Mr. Frost —! mehr ließ ihn seine innere Bewegung nicht sprechen.

„All right, Sir!“ ich weiß, wie Sie's meinen!“ rief jener sich erhebend und kräftig des jungen Mannes Hand schüttelnd, „bleiben Sie, wie Sie sind, und Sie sorgen für unser beiderseitiges Interesse.“

Reichardt war nach seinem Arbeitsplatz zurückgekehrt, aber es litt ihn hier nicht länger; er mußte hinaus und sich Luft machen. Laufende Geschäfte gab es um diese Tageszeit für ihn fast nie, und so griff er nach seinem Hute, raschen Schrittes die Office verlassend. Am dem Ausgange zur Straße lief er fast einen ihm begegnenden Menschen über den Haufen, fühlte sich aber zugleich fest am Arme gepackt. „Was ist's denn, brennt's oben?“ Der Kupferschmied war es, der ihm lustig die Worte zurief und das Gesicht des Entenden nach dem seinigen kehrte.

„Meiner!“ rief der letztere angenehm überrascht, wo stecken Sie denn, daß ich Sie niemals mehr sehe?“

„Arbeit, fürchterliche Arbeit, aber auch Bezahlung danach!“ war die Erwiderung, „er hat seinen Mann gefandt, der Mr. Frost, als er mich unterbrachte, und gewußt, was ich brauche. Noch zwei Jahre so, Reichardt, und ich habe mit meinem Bißchen zusammen eine Farm, wie sie mir schon lange in der Nase steckt. Aber noch einmal, was rebelliert denn in Ihrem Kopfe?“

Reichardt blickte ihn mit leuchtenden Augen an. „Sie wissen noch immer nicht, warum ich hier fort wollte, und nicht, warum ich wieder hier?“ sagte er mit gedämpfter Stimme, „haben Sie wohl, als Sie in Frosts Hause waren, eine junge Dame dort gesehen?“

Gespannt nickte der andere.

„Meiner, das wird meine Frau!“ rief ihm Reichardt im ausbrechenden Glücke ins Ohr, faßte dann dessen Kopf mit einem derben Schütteln zwischen seine Hände und eilte davon. Der Kupferschmied aber sah ihm einige Sekunden wie verblüfft nach, ließ dann einen halblauten Pfiff hören und brummte, mit der Faust in die flache Hand schlagend: „Wahr, und wieder wahr: Nur immer laufen lassen, was sich nicht halten läßt!“

Burgdorf zwei Beamten (1) welche sich 8 Uhr abends im Bureau des 1. Pol.-Bez. zu melden haben. Der 2. Pol.-Bez. hat seinen Radfahrer mit zu kommandieren. R.O.W. Burgdorf hat von diesen Beamten abwechselnd Patrouillen zu entsenden und zu melden, wenn besondere Vorkommnisse sich ereignen. Alle andern Beamten, einschließlich die der Spezialabteilungen, halten sich, soweit sie nicht dienstlich anderweitig beschäftigt sind, von 8 Uhr abends an in ihren Wohnungen alarmbereit.

Der Dienstbefehl hat die dienstfreien Polizeibeamten selbstverständlich außerordentlich erfreut. Die Herren haben ja soviel freie Zeit, können tagtäglich mit Frau und Kind Stundenlang spazieren gehen, während sich die oberen Beamten Tag und Nacht im Schweife ihres Angesichts bei fargem Lohn zu quälen haben. Die unteren Polizeibeamten konnten also sehr wohl wieder einmal auf ihre dienstfreie Zeit verzichten und sich in ihren Wohnungen alarmbereit halten. Doch, gottlob, die Revolution ist ausgeblieben, die roten haben wohl Lunte gemerkt und haben aus Furcht vor der Polizei für diesmal noch ihre revolutionären Pläne zurückgestellt, bis — zur nächsten Veranstaltung.

Die „Deutsche Arbeiter-Zentrale“ als Denunziationsbureau. Der „Brandenburger Zeitung“ ist folgendes interessante Schreiben, das an einen Unternehmer ihres Verbreitungsbezirks gerichtet ist, auf den Redaktionstisch geweht:

Deutsche Arbeiterzentrale.
Fernsprecher: Amt Lügow usw.

Berlin SW. 11, 4. Oktober 1912.

Hafenplatz 1.

Begütlich der bei Ihnen kontraktbrüchig gewordenen Leute R., M. und A. haben wir festgestellt, daß

genannte Arbeiter zurzeit auf Rittergut . . . in Schlesien beschäftigt werden.

Sollte Ihnen an einer Weiterverfolgung des Kontraktbuches gelegen sein, so geben wir anheim, bei Ihrer zuständigen Polizeibehörde die Anstellung von Nachforschern behufs Feststellung der Identität und zutreffendenfalls Bestrafung (!) event. Ausweisung (!) der Arbeiter zu beantragen.

Einer Mitteilung über den Ausgang der Angelegenheit sehen wir mit großem Interesse entgegen. Ferner bitten wir um baldgefl. Zusendung der Legitimationskarten der oben erwähnten Leute, da wir dieselben benötigen.

Abteilung II.
(Unterschrift unleserlich.)

Durch derartige Verfolgungsmethoden wird die traurige Lage der in Preußen-Deutschland ohnehin fast rechtlosen ausländischen Arbeiter noch um ein erhebliches verschlechtert. Das Unternehmertum ist bestrebt, diese bedauernswerten Leute völlig einzuschüchtern und zu verflaven, um für den Kampf mit der freizugewählten inländischen Arbeiterschaft ein Heer gefügiger Lohnrüder zu schaffen. Jeder Blick hinter die Kulissen im „andern“ Lager zeigt nur von neuem, daß der Klassenkampf wahrhaftig keine proletarische Einbildung, sondern sehr reale Wirklichkeit ist.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Esperanto.

Esperanto findet in letzter Zeit unter den Arbeitern der verschiedensten Länder immer mehr Verbreitung. Auf dem

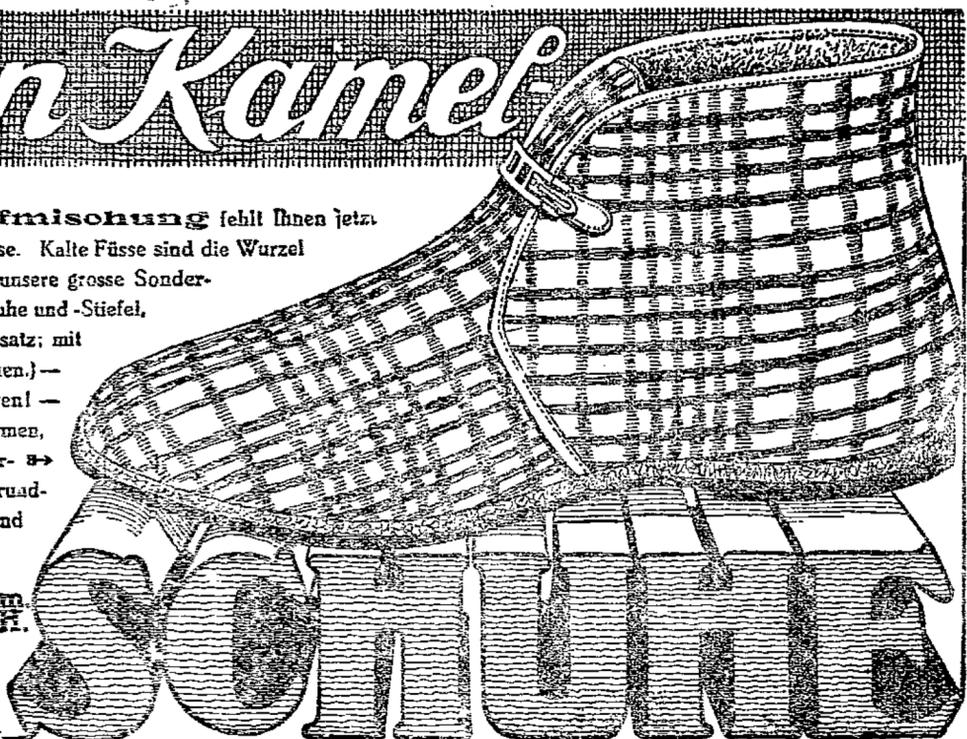
achten internationalen Esperanto-Kongress, welcher vom 11.—18. August in Krakau stattfand, hatten die Arbeiter zum ersten Male ihre eigenen Fachsitzungen. 20 Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Böhmen und Serbien waren außer den Polen anwesend. Die Leitung der polnisch-sozialistischen Partei in Krakau hatte während des Kongresses eine Versammlung einberufen, in welcher mehr als 2000 Personen anwesend waren. Abgeordnete aus verschiedenen Ländern sprachen in Esperanto über die Arbeiterbewegung in ihrem Lande, und diese Ausführungen wurden von einem Mitglied der P. S. P. den Anwesenden übersetzt. In Paris fand vor kurzem eine von ca. 2000 Personen besuchte Arbeiterversammlung statt, in welcher über Hilfsprachen-Systemen gesprochen wurde. Die Anwesenden entschieden sich einstimmig für Esperanto und daß die sozialistische Partei dafür eintreten möge. Viele sog. Zeitungen brachten Artikel für Esperanto. In verschiedenen Ländern haben die Arbeiter schon ihre eigenen Esperanto-Zeitungen, und die in Antwerpen erscheinende „Internacia Socia Revuo“ berichtet über die Arbeiterbewegung aller Länder. Die sächsische Regierung hat Esperanto offiziell anerkannt und gibt jährlich eine Summe für Propaganda und Verbreitung durch das sächsische Esperanto-Institut. In Deutschland sorgt der „Deutsche Arbeiter-Esperanto-Bund“, welcher fast in jeder Stadt eine Gruppe besitzt, für die Verbreitung unter den Arbeitern. Jeder Arbeiter sollte durch Erlernung der Sprache dazu beitragen, daß sie nicht nur ein Privileg der bestehenden Klasse werde, sondern daß auch die internationale Arbeiterbewegung ihren Nutzen davon habe. Anmeldungen für den demnächst beginnenden Kursus finden am Montag, dem 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Nähere Auskunft erteilt G. Berggren, Brückstraße 11.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.



Sei ein Kamel

Haarschuh mit Stoffmischung fehlt Ihnen jetzt zum Schutz gegen Kälte, Zugwind und Nässe. Kalte Füße sind die Wurzel vieler Krankheiten. — Besichtigen Sie daher unsere grosse Sonderausstellung solider Kamelhaar-Pantoffel, -Hausschuhe und -Stiefel, mit Kordel-, Filz- und Ledersohle, mit und ohne Absatz; mit Ledereinfassung, Schmale oder Umschlag (spez. für Damen.) — Das Beste preiswürdig für Kinder, Damen und Herren! — Sehr empfehlenswert sind die neuen, mollig warmen, sehr behaglichen, echten Professor Dr. Jäger-Kamelhaar- Besuchen Sie im Interesse Ihrer Gesundheit, für die als Grundregel gilt: „Kopf kühl, Füße warm!“ sofort die allbekannte und beliebte Firma:



Conrad Tack & Cie.
Lübeck: Breite Straße 47. Fernsprecher 2586.



Die Arbeitsgarderoben von Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Anziehhosen . . . 1.40 bis 3.50
Hilfshosen . . . 2.50 bis 5.50
Krautergönnen . . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schloßeranzüge 2.80 bis 5.00
Klemp- u. Besenmacher in allen Qualitäten.
Frei der billigen Preise rote Rabatmarken.

Wie bekannt, sind die höchsten Preise für Gesundheitskurven, Zeitungen, Güter, Bekleid., etc. etc.
Seitens 2499. Bekannte genügt. Breitenstraße 25.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reich bei
Markt Otto Albers Markt 10.
1. Komp. Betten u. 12.50 an.
Federn per Pfd. u. 45 Pf. u. 4 Pf.
53) Rote Rabatmarken.

Spezialisch Leberwurst Brotwurst Knackwurst
Heinr. Viereck. Südrade 96.

Von meinen besten Küchertaten Sei hier jetzt ein Rezept verraten Für Teegebäck, so knusprig Lecker, Als wärs vom besten Zuckerbäcker: Palmonabutter rühret man Ein halbes Pfund recht schaumig an, Fügt Pulverzucker langsam bei (Ein halbes Pfund) bis glatt der Brei. Dann gibt man auch noch Mehl dazu (Ein halbes Pfund) und rühret im Nu Von sieben Eiern Schnee hinein Etwas Vanill, so schmeckt es fein. Dann läßt auf Blech den Teig manfließen Portionenweis und bäckt dann diesen Ja nicht zu jäh, das ist sehr wichtig, Denn so allein gelingt es richtig!

Palmona = Pflanzenbutter-Margarine wird nur vom H. Schlinck & C. G. hergestellt. Hamburg

Achtung Radfahrer! (4341)
Schmidts Prima Löwenpneumatic ist das beste und billigste. Karbid zu billigsten Tagespreisen.
H. A. Hill Nachf., Johannistr. 9.

Wunderbar wäscht
RAGODA
Bestes Schnellwaschmittel
Einzig in seiner Art.
D. R. G. M. 418136.
Überall zu haben. 1/2 Pfd. 30 Pf.
Um die grosse Zeitungsreklame zu sparen, geben wir zur Einführung von Ragoda auf Gutscheine von 2 Pfd. 1 ff. Kollier, 1 Korallenkette, 1 ff. Taschenmesser, auf 10 Pfd. schon ein echt silb. Kollier, 1 Alp.-Silb.-Arabamp, 1 echt silb. oder 3 Alp.-Silb.-Teelöffel usw. bis Ende 1912, später auf 10 resp. 30 Pfd. Wertes durch Prospekte.
SCHUMANN & WILLE, WITTENBERG.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden sachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email, Bernick, bill. u. gut. 59) Carl Heynert, Lübeck, Moiel. Allee 6a. Fernspr. 352.

H. Beckmanns Schuhgeschäft
3 Reiferstrasse 3.
Eingetroffen:
Halbstiefel mit Eisen N. 10.50
Kniestiefel . . . M. 15.—
prima Qualität.
Arbeitschuhe mit Eisen 4.50
wertigste Knietiefel . . 6.75
Schnürtiefel 6.75
Schnallenst. 7.50
Herren-Vogelst.-Schuhr, Zug- u. Schnallenstiefel v. 8.75 an
Damen-Schnürtiefel v. 5.75 an
Sämtliche Knaben- u. Mädchen-sachen billig. (4454)
Reparaturwerkstatt.
Rote Rabatmarken.

Spezial-Angebot in lackierter u. verz. Ware.

Salonkasten, ff. def. ...	3.50	2.95	1.90	Waschkessel, verz. .	4.90	4.25	3.50	3.15	
Ofenschirme	6.50	3.15	1.55	Waschwannen, verz. ...	2.—	1.60	1.25		
Ofenvorsetzer	2.75	2.—	1.35	Wassereimer, verz.	1.15	1.—	85		
Kohlenshütter	2.50	1.65	1.35	Waschruffeln	1.25	1.—	88	68	
Kohlenschaufeln	50	45	23	16	Wärmflaschen	3.50	2.90	1.75	1.30

4451 Große Posten Küchenlampen 1.50 1.15 90 75 60 50 35 Pfg.

Riesen-Bazar

Breite Straße 33. Pietro Cagna. Rabatt-Marken.

Fensterglas

Oscar Tauchnitz, Glashandlung, Lübeck, Ruxtertor-Allee 13. Fernspr. 808.

aller Art Rohglas — farbige Gläser etc. (4481)

Empfehle für den Winterbedarf:
Geiertartoffeln pro 3fr. 4.25
Magnum bonum „ „ 2.75
 vorzüglich im Geschmack. (4466)
 Fernspr. **Johs. Böttcher** Steinrader 3193. Weg 22.

29 Markthallenstand 29.
 Prima Rindfleisch Pfd. 70 Pfg.
 Hammelfleisch 75
 Keule u. Rücken 85

Achtung! Achtung! Achtung!

An die Hausfrauen Lübecks: **Augen auf!**
 Kein altes Oberfleisch und kein altes Kuhfleisch, sondern junges fettes Queenfleisch: Suppenfleisch per Pfund 75 Pfg., Bratenstücke 85 Pfg. 4449

11 Markthallenstand 11.

Otto Hein, Schlachtermeister.

Pa. frische Carbonade, Nacken, pro Pfund 95 Pfg.
 la. Schweinefl., Bratenst., Pfd. 90 Pfg. | la. jung. Rindfleisch Pfd. 75 Pfg.
 dicke Rippen 90 Pfg. | Bratenstücke 85 Pfg.
 Kochrippen 85 Pfg. | Kofffleisch 100 Pfg.
 Nacken zum Füllen 95 Pfg. | Scheibenbeefsteak 120 Pfg.

ff. Leberwurst (Hausmacher), pro Pfund 90 Pfg.
Karl Lahrtz, M. Lahrtz, Böttcherstraße 14/16.

Sonnabend! Markthalle
 Stand 13 — 14 — 15:

Fettes Rindfleisch Pfund 70 und 75 Pfg.
Kalbfleisch Pfund 60 Pfg.
 W. Strohsfeldt.

Rechnungs-Formulare
 werden hergestellt in der
 Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
 Johannisstraße 46.

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
 ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus
 1 Mt. pro Sach. (2913)
F. E. Schacht & Co.,
 Tel. 289. Moislinger Allee 41.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1
 Fernspr. 781
 Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung.
 Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen,
 Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daun, Teppiche,
 Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxin, Schlaf-
 u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche,
 Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe,
 Handschuhe, Schlipse etc.
aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich • **empfehlenswerter** • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
 Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
 Billigste Bezugsquelle
 für Öfen, Herde, Gaskocher,
 Grubeöfen
Adolf Borgfeldt
 Fernruf 672 Mühlenstr. 36—40

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
 Lindenstr. 20-22. Fernruf 256
 „Juwelbrot“
 wohlgeschmeckendes Kraft- u. Nährbrot
 Backwaren jeglicher Art.

Kaufhaus Siegfried Mann
 Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel
 sowie kompl.
 Wohng.-Einrichtg.
 Herren-, Damen- u.
 Kinder-Konfektion
 Arbeiter-Garderob.
 Manufaktur-Waren
 Wäsche, Teppiche,
 Kinderwagen etc.

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-
 Str. 13.
 billigste Bezugsquelle
 Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Eutin
Deutsches Haus
 Kleiserstr. 7
 hält sich Vereins- u. Touristen
 bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Arbeiter-Artik.
Manufakturw.
Otto Albers
 Markt 4 Kohlmarkt 10
 Viel benutzte Bezugsquelle für
 Manufakturwaren und
 Garderoben aller Art

Pflanzen-
Butter
 Delikates-Eigalß-
 Pflanzenbutter
 Edel Margarine
 „Heinchen“
 das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
 Johannisstraße 22

Auf Teilzahlung
 in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
 Königstraße 116.

Ludw. Grandt
 Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
 beste Bezugsquelle in Arbeiter-
 schuhen sow. auch bess. Schwarz.

Arbeiter- und
Berufskleidg.
J. H. Pein
 am Markt
 Herren- und Knaben-
 Garderobe,
 Berufskleidung,
 Hüte und Mützen.

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
 Untertrave 20.
 Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möller
 Holstenstraße
 42

Garten-
Sämereien
Friedrich Michael
 Breitestraße 49

Lederwaren u.
Reiseartikel
J. H. Busson
 Sattler, Sandstr. 8

Öfen und Herde
F. STEEN
 Wahnstraße 68
 Irdenes Gebrauchsgeräth

Mölin
Otto Greve
 Gastwirtschaft und Destillation.

Bäckereien
Nicolaus Groth Fein-Gröbäckerei
 Alfstr. 32.
P. Johansen Konditorei
 Fleischhauerstr. 31

Eisenwaren
u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
 Sa ndstr. 18 Tel. 307

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite
 Str. 60.
 Spez.-Geschäft in Handschuhen
 u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel

Photographien
Samson & Co.
 Breitestraße 39.
 Erstes Atelier mit
 - billigen Preisen -
 Amateur Bedarfsartikel.

Wilh. Lübcke
 Restaurant Lübecker Hof
 Klub- und Balllokal. Kegelbahn.
Rud. Hübener, Uhren u.
 Goldwar.
Ludw. Kuhn Herr- u. Damenh.
 Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u.
 Repar.-Wkst.

Brauereien
 Trinkt
Adler-Biere

Fleisch- und
Wurstwaren
Ch. Hamann
 Schlächtere
 Markt 7 Kohlmarkt 4
 Telefon 8923

Ernst Wehde
 Beckergrube 33
 Hüte, Mützen.

Wilk. Kreuzfeldt
 Lederhandlung, sämll. Schuhmacherartikel
 Fischergrube 23

Tapeten
Fritz Rehm
 Beckergrube 20.

Schlutup
Otto Liebenow
 Uhren, Goldwaren, Musikwerke
 - Eigene Reparaturwerkstätte. -

Brauerei zur
Walkmühle
 Trinkt
Lübecker
Vereins-
Bräu

Herm. Miljes
 Schüsselbuden Nr. 30

Kolonialwaren
u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
 Inhaber: Paul W. Pöttger
 Schlüsselbuden 32
Kaffee's
 sämtlicher Preislagen von
 Mark 1.40 an

Mineralwasser
u. Spirituosen
J. C. Wessel
 Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.

Treibriemen u.
Sattlerwaren
H. Köppke & Dygers
 Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
 Reise-Utensilien, Schuhmapp.
 Taschen, Portemonnaies etc.
 Huxstraße 29.

W. Richter
 Uhren u. Goldwaren
 nebst eigener Reparaturwerkstatt
Geotholz, Post H. Vetter
 Empfehlensw. Lokal.
Hugo Krogmann Photographisches
 Atelier.
Ad. Saborowski Verkehrslokal
 d. Gewerkschaft.

Kieler Schloßbräu
 Vertreter
 für Lübeck und Umgegend:
r. Kropf, Brauerei Oschbar
 Glockengießerstraße 87.

Herm. Spangenberg
 Fabrikfeiner Fleisch- u. Wurstwaren
 Schwartzauer-Allee 59

Kinotheater
Metropol-
Theater
 Nur Breitestr., beim Rathaus
 Täglich ununterbrochen Vor-
 stellung von 4—11 Uhr.
 Jeden Sonnabend u. Mittwoch
 neues Programm.
 Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Verlangen Sie
Buntekuh-Kümmel
Dr. Nickell Spezialfabr. nur alkoholfreier
 Getränke. Tel. 1070.

Thüringer
Wurstfabrik
 Ihre Fabrikate empfiehlt
 angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-
Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
 Beim Rottelch 14
 Auf sämll. Waren 4% Rabatt

Schwartau
Herm. G. Schmidt
 Markt 18
 Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.

ARNOLD
BERG
 Breitestraße 35.

Glas, Porzellan
Simonsbrot
 Vollkornbrot a. reinem Roggen
 Magenleidenden und Backenkranken
 - **Arztlich empfohlen!** -
 Erhältlich in 50 Niederlagen.
Glas, Porzellan
ARNOLD
BERG
 Breitestraße 35.

Lichtspiele
Neues
Lichtspiel-Theater
 Breitestr. 13 neben Hansa-Café
 Größtes, am besten ventilirtes
 u. der Neuzeit entsprechendes
 Lichtspiel-Etablissement.

Theater
 Besucht das
Varieté International
 Untertrave 43

Meierei
HANSA-MEIEREI
 Lübecks Amme
 Milch u. Milchprodukte
 in anerkannt bester Qualität

Uhren- und
Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
 Uhren-Rep.-Werkstatt.
 Pfaffenstraße 4.

Adler-Drogerie Inh. Hans Grampy
 Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Gleich Schlächtere
 i. Fleisch- u. Wurstwar
A. Klünder Schuhwarenhaus
 Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der
 freien Gewerkschaft.
L. Schaap Manufakturwaren
 Arbeitergarderobe.

Aus frischen Lieferungen

empfehlen wir zu billigen Extrapreisen

Herbst-Paletots	aus blauen und modernen englischartigen Stoffen	21 ⁰⁰	18 ⁰⁰	15 ⁰⁰	12 ⁵⁰	10 ⁵⁰	8 ⁷⁵
Ulster-Paletots	hoch geschlossen und offen zu tragen, aus modernen Flausch- und englischartigen Stoffen	36 ⁰⁰	30 ⁰⁰	26 ⁵⁰	22 ⁵⁰	19 ⁵⁰	13 ⁵⁰
Phantasie-Mäntel	m. apart. Garnierungen aus engl. Flausch-, Krimmer-, Astrachan- und Noppen-Stoffen	85 ⁰⁰	70 ⁰⁰	60 ⁰⁰	54 ⁰⁰	45 ⁰⁰	39 ⁰⁰
Samt- u. Plüsch-Mäntel	aus Velvet, Woll-, Seiden- u. Seal-Plüsch, kurze u. lange Fassons	250 ⁰⁰ bis	68 ⁰⁰	58 ⁰⁰	46 ⁰⁰	36 ⁰⁰	28 ⁵⁰

Herbst-Kostüme

Jacken-Kostüme	Neue Fassons, aus marine Kammgarn, Cheviot u. engl. melierten Stoffen, mit Seiden-Serge gefüttert	39 ⁰⁰	36 ⁰⁰	33 ⁰⁰	26 ⁵⁰	22 ⁵⁰	19 ⁵⁰
Jacken-Kostüme	in bester Verarbeitung, z. T. Atelierarbeit, daher Ersatz für Maß, aus dickrippigem Diagonol-Kammgarn und Phantasiestoffen	90 ⁰⁰	82 ⁰⁰	72 ⁰⁰	65 ⁰⁰	54 ⁰⁰	45 ⁰⁰

Neue Kostümröcke

Kostümröcke	aus Stoffen engl. Art, mit Garnierung	375	295	265
Kostümröcke	aus blauen Kammgarnstoffen mit Garnierung	590	475	395
Kostümröcke	aparte Fassons, aus neuen, farbigen Phantasiestoffen	1175	975	875
Kostümröcke	aus schwarz Safintuch, Cheviot und Phantasiestoffen	1950	1650	1350

Kostümröcke sind in allen Längen u. Weiten auch für starke Damen vorrätig.

Neue Blusen

Herbst-Blusen	Hemd- und Blusenform, aus Velour und Salonbarchent	265	195	165
Woll-Blusen	aus reinw. Popelin, reich garniert, ganz auf Futter	450	365	295
Schoßblusen	aus Tüll und neuen Wollstoffen	575	475	390
Flanell- u. Plaidblusen	aus gestreift u. kar. Wollstoffen	975	675	590
Elegante Samt-, Seiden-, Tüll- u. Spitzen-Blusen	in großer Auswahl	enorm billig.		

Ball-, Gesellschafts- u. Abend-Kleider

einfache und elegante Ausführungen, in reicher Auswahl zu sehr billigen Preisen.

4436

Gebr. Hirschfeld

Mode-Haus für Damen- und Kinder-Konfektion.

Aelteste und billigste Bezugsquelle in der Vorstadt St. Lorenz.

4077

Große Auswahl in sämtlichen Herbstartikeln.
Rindleder-Halbstiefel 9.50 Mk., Handarbeit 12.50 Mk.
Für den Winterbedarf Kamelhaarschuhe in gr. Auswahl.
Schuhwarenhaus Hermann Baade, Marienstr. 2.

Restaurant FRANZ BOY

Schwartau, Lübecker Str. 14.

Täglich:
Mitteltägliche Unterhaltung.
ff. Speisen und Getränke.
Aufmerksame Bedienung.
1509) Franz Boy.

F. Meyers Schuhwarenhaus, Huxterdamm 2

empfiehlt für den Winter

starkes genageltes Fußzeug

zu billigsten Preisen.

Halb-, dreiviertel u. lange Stiefel in bester Handarbeit.
Werkstatt für gute Reparaturarbeit. (4136)

Großes Auspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch 4482
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, d. 27. Oktober
Anfang 11 Uhr morgens.
Eintrag 50 Pfg., wofür 3 Stöße.
Hierzu ladet ganz ergebenst ein
Franz Callies, Wittelsfr. 20a.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.

3290 Gr. Burgstr. 32.

Pelz □ □ □ □
Krawatten, Schals, Kragen, Muffen, Damen-Pelzjacken u. -Mäntel, Herren-Geh- und Reisepelze, Pelzhüte und Barettts, garniert und ungaryert, Kindergarnituren, Fellteppiche, Fellvorlagen, Fuhsäcke etc. kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt vom Lager im

Pelzhaus Zimmermann

291 Lübeck-Stettin

Beckergrube 50, I.

Zwanglose Besichtigung höfl. erbeten.

Normal-Hemden .	98 $\frac{1}{2}$	1.25	1.68	1.85	2.15	2.50
Unterhosen	1.00	1.25	1.58	1.95	2.25	2.45
Blasen-Schürzen	78	88 $\frac{1}{2}$	1.38	1.45	1.95	2.25
Arbeiter-Hosen	2.45	2.95	3.75	4.50		

Arbeiter-Hemden und Kagen

äußerst billig.

Kinder- und Damenstrümpfe

in allen Preislagen.

Laise Cohn, Kottwitzstr. 6.

4437

Hansa-!?!? 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Theater!?!? 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Professor Rooberts,
Hofzauberfünftler.
La Tatiana, Sport-Att.
Die 5 Ramoneurs,
Lang-Transformation.
Kurt Speyer,
Humorist u. Stimmungsmacher.
sowie and. Neuheiten f. Lübeck.
Vorzugstarke gütlig.

Sonntag nachm. 4 Uhr: Große Fremden- u. Volksvorstellung.
Beginn d. Konzerts Sonntag= 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Abends 11 Uhr:
Kabarett die ganze Nacht.
Eintritt frei. Eintritt frei.
4450) ??? Neue Typen!!!

Auf Teilzahlung

erhält bei mir jeder

Paletots Anzüge

Für 18 M. Anzahlung 4 M.
Für 24 M. Anzahlung 5 M.
Für 38 M. Anzahlung 10 M.
Für 46 M. Anzahlung 12 M.
sowie Damen - Paletots,
Kostümröcke von 4 M.
Anzahlung an.
Kinderwagen, Uhren,
Bilder und Spiegel.

Möbel

Einrichtung 150 M. Anz. 18 M.
Einrichtung 250 M. Anz. 28 M.
Einrichtung 350 M. Anz. 35 M.
Einrichtung 450 M. Anz. 45 M.
Möbel Betten
von 5 M. Anzahlung an.
Teppiche, Tischdecken,
Gardinen und Portieren.

Für Brautleute besonders günstige Bedingungen.

H. Kesten

17, I. Etage Holstenstraße 17, I. Etage. 4435